Rundbrief
des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins

Nr. 129 April 2022

Hrsg. von Veronika Janssen

Rundbrief des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins
Heft Nr. 129
ISSN 2363-9784

Redaktion und Gestaltung:
Dr. Veronika Janssen
Dorfstr. 1
24259 Westensee
v.janssen@kg-w.de

Druck:
Hansadruck, Kiel

Titelabbildung: Walfangschiff mit Wal auf dem Grabstein von Ricklef Volkerts († 1788) und Krassen Ricklefs († 1807) auf dem Friedhof der St. Laurentii-Kirche in Süderende auf Föhr. Auf dem Grabstein steht, Volkerts sei „8 Jahre / als Commandr. mit seltenem Glücke gefahren, / aber schon Ao. 1788 d. 17. Aug. auf seiner Heim/reise in einem Alter von 48 Jahren und 2 Monaten / zum Empfang der himlischen Krune abgerufen“. Der Grabstein bezeugt den Wohlstand eines Walfangkommandeurs, der sich ein solches Grabmonument leisten konnte, aber auch die Gefahren (seinen frühen Tod auf See). Foto: Martin Rheinheimer.

Inhalt

Mitteilungen **4**
Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins im Jahr 2021 (D. Kraack) 4
Abrechnung für das Jahr 2021 (K.-D. Redweik) 8
Tagung „Die Fürstinnen der Lande“ (Schloss Gottorf, digital; 13./14. Januar 2022) (J. Ocker) 9
Die Kalendernotizen des Husumer Pastors Peter Danckwerth (1611-1652) (D. Kraack) 15
„Sehen und Verstehen“ – Einladung zu einem Projekt über den Umgang mit Bildern (D. Kraack) 17

Beiträge **20**
„Lehnswesen revisited“ – eine Projektvorstellung (F. Zangel) 20
„Ewiger Kampf mit den Sturmfluten“ – Eine kurze Geschichte des Hochwassers in Uetersen (F. Boehlke) 23
Das Schlossarchiv Glücksburg (C. Loose) 32
Entwicklung der Schleswig-Holsteiner Bahnhofsmission (J.-T. Thöming) 35
Jenseits des Zahlen-Dschungels. Ein Werkstattbericht zur historischen Wahlforschung in Schleswig-Holstein 1919 bis 1933 (F. Omland) 42

Rezensionen **63**
Sønderjysk søfarts historie (V. Janssen) 63

Autoren **66**

Neue Mitglieder **67**

Mitteilungen

Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins im Jahr 2021

Von Detlev Kraack

Der Arbeitskreis hat sich trotz aller pandemiebedingter Widrigkeiten auch im vergangenen Jahr wieder intensiv mit der Erforschung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Fragen beschäftigt. Im Fokus der Betrachtung stehen dabei wie immer die historischen Herzogtümer Schleswig und Holstein. Wir haben auch die Hansestädte Lübeck und Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg und das südliche Dänemark fest im Blick und freuen uns über die guten Kontakte zu den Freunden und Bekannten hier wie dort.

Die Mitgliederzahl ist weiterhin stabil, wenn auch wieder leicht rückläufig (Stand zum 31. Dezember 2021: 82 Mitglieder). Wie bislang rackert ein harter Kern von Aktiven in der Sache und treibt die AK-Projekte nach Kräften voran. Wir haben uns im Kreis des Leitungsgremiums im vergangenen Jahr verschiedentlich getroffen und regelmäßig in Form von Videokonferenzen ausgetauscht.

Drei Ereignisse ragten im vergangenen Jahr besonders heraus:

Auf dem **3. Tag der schleswig-holsteinischen Geschichte**, der am 21. August 2021 zum Thema „Grenzen“ in der A. P. Møller-Skole in Schleswig abgehalten wurde, waren wir mit einem eigenen AK-Stand vertreten. Das bot eine gute Gelegenheit, für unsere Projekte und Veröffentlichungen zu werben und mit zahlreichen interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der gut besuchten Veranstaltung ins Gespräch zu kommen.

Außerdem konnten wir uns am 4. September 2021 zu **Mitgliederversammlung** und **Exkursion** auf der Schlossinsel im Rantzauer See in Barmstedt treffen. Die Gastgeber Rainer Adomat und Michael Theilig hatten einen Rundgang durch das dortige, sehr sehenswerte Museum und einen Gang über die Anlage organisiert; anschließend ging es zum Mittagsimbiss in den Außenbereich des benachbarten Mühlengebäudes und zur Mitgliederversammlung in den historischen Mühlenkeller.

Schließlich war es im vergangenen Jahr möglich, dass wir uns wieder zu unserer angestammten **AK-Tagung auf dem Koppelsberg** trafen. Diese fand am Wochenende vom 12. bis 14. November 2021 statt und führte eine ganze Reihe neuer Gesichter in unseren Kreis. Zu Gehör gebracht wurden 15 Referate zu den unterschiedlichsten Themen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Schleswig-Holsteins und Norddeutschlands. Obwohl im „Kaminzimmer“ schon lange kein munteres Feuer mehr flackert, gab es darüber hinaus vielfach Gelegenheit, sich auch am Rande und in kleinerem Kreis auszutauschen. Auch das ist nicht nur nett und anregend, sondern es ist wichtig für eine Vereinigung wie die unsrige. In diesem Sinne blicken wir schon freudig voraus auf das nächste Treffen auf dem Koppelsberg, das für den 5./6. November 2022 geplant ist. Dass uns diese Veranstaltung allen am Herzen liegt, versteht sich von selbst; dass die Treffen auf dem Koppelsberg nur realisiert werden können, weil die Teilnehmer einen nicht unbeträchtlichen Teil der Unkosten in Eigenleistung erbringen, gerät dabei nur allzu leicht in Vergessenheit.

Veröffentlichungen

Unter der Herausgeberschaft von **Veronika Janssen** sind im vergangenen Jahr drei **Rundbriefe** erschienen: Nr. 126 (April 2021), Nr. 127 (August 2021) und Nr. 128 (Dezember 2021). Wir wollen versuchen, diese Frequenz auch in den kommenden Jahren zu halten, damit mit dem Dezember-Rundbrief zum Jahreswechsel eine Zahlungserinnerung für den dann im Januar fälligen Mitgliedsbeitrag versandt werden kann. Im Rundbrief Nr. 128 konnten bereits einige Beiträge veröffentlicht werden, die aus Referaten auf unserer Koppelsbergtagung hervorgegangen sind. Dies soll auch in den folgenden Rundbriefen und bei künftigen Tagungen so gehandhabt werden, um Nachwuchskräften die Chance zur zeitnahen Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse zu eröffnen und auf diese Weise unser Interesse an ihren Forschungen zu unterstreichen.

In unserer **Studienreihe** sind im abgelaufenen Jahr zwei weitere lesenswerte Bände (die Nummern 57 und 58) erschienen, von denen der eine ein von **Ortwin Pelc** betriebenes AK-Projekt als Sammelband zum Abschluss bringt:

Ortwin Pelc (Hrsg.): Kriegsleiden in Norddeutschland vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 57), Stuttgart 2021 (345 S.).

Bei dem zweiten Band, in dessen Redaktion insbesondere Veronika Janssen und Ole Fischer erhebliche Mühe und Arbeit investiert haben, handelt es sich um eine von Franklin Kopitzsch an der Universität Hamburg betreute Dissertation zur Geschichte eines Unternehmens im Ausstrahlungsbereich der Metropole Hamburg im 18. und 19. Jahrhundert:

Susanne Schaule-Lohe: Die Unternehmerfamilie Lange: Netzwerk und Integration ins Wirtschaftsbürgertum in Holstein 1777-1866 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 58), Stuttgart 2021 (460 S.).

Ein weiterer Band der Studienreihe (Nr. 59) mit den Beiträgen des von **Jan Wieske** betriebenen Projektes über **„Vögte, Schreiber, Kontrolleure“**, das die

Wirtschafts- und Sozialgeschichte der nachgeordneten Verwaltungsfachleute in den Blick nimmt und in dem es unter anderem um soziale Netzwerke, Ausbildungsschienen und Karrieremuster gehen wird, ist in Vorbereitung und soll im Laufe des Jahres 2022 in die Endredaktion gehen.
Auch unsere **Reihe AKdigital** hat einen weiteren Aufwuchs erfahren: Erschienen ist Bd. Nr. 4 mit den von **Jan Wieske** zusammengestellten „**Hansburg-Regesten, 1. Teil: 1550-1559“**:
Hansburger Registranten. Registrierte „inländische“ Briefausgänge der Kanzlei Herzog Johanns des Älteren von Schleswig-Holstein-Hadersleben 1550 bis 1559, bearb. von **Jan Wieske** (AKdigital, Bd. 4). - zugänglich über **http://arbeitskreis-geschichte.de/akdigital/**
Ein weiterer Band mit den ebenfalls von **Jan Wieske** bearbeiteten Regesten des anschließenden Jahrzehnts (**„Hansburg-Regesten, 2. Teil: 1560-1569“**) ist nahezu abgeschlossen; mit einer Veröffentlichung ist im Laufe dieses Jahres zu rechnen.
Nachrichten dazu sowie weitere spannende Hinweise zur Landes- und Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins sowie Informationen über Neuzugänge in der von **Jan Wieske** zusammengestellten **Link-Liste zu online fassbaren Hilfsmitteln und Digitalisaten** (handschriftlich wie gedruckt überlieferte Quellentexte, Findmittel, Grundlagentexte etc.) finden sich übrigens in dem über unsere AK-Hompage erreichbaren **Geschichts-Blog** von **Jan Wieske** (**Geschichtsblog SH: geschichtsblogsh.wordpress.com/**). Keine Scheu, einfach mal durchklicken und reinschauen! Es ist erstaunlich, was es inzwischen alles digital gibt; der monatliche Zuwachs in beeindruckend.
Als nächste Veröffentlichung in der **Reihe AKdigital** ist dann ein umfangreicher Band von **Günther Bock** zu den **Wüstungen in Stormarn** in Vorbereitung.

Projekte
Neben dem von **Jan Wieske** betriebenen Projekt zur vormodernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Verwaltungsfachleute (**„Vögte, Schreiber, Kontrolleure“**) soll in diesem Jahr die Arbeit an einem neuen Projekt beginnen, das sich unter der Überschrift „**Sehen und Verstehen**“ mit Bildquellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte beschäftigt. Hier sollen an ausgewählten Beispielen methodische Probleme der breiten Thematik beleuchtet werden und exemplarisch konkrete Anleitungen zum Umgang mit Bildmaterialien vermittelt werden.

Planungen und Perspektiven
Wir planen für das Jahr 2022 unsere **Exkursion/Mitgliederversammlung** als Präsenzveranstaltung und wollen uns dazu am **Sonnabend, dem 21. Mai 2022,**

gegen 11 Uhr im Kloster Preetz treffen (Treffpunkt am Obelisken-Denkmal für Friedrich Graf von Reventlow [1797-1874; seit 1836 Klosterprobst; 1848 Mitglied der Prov. Reg., 1849/51 Statthalter der Herzogtümer] – in Preetz leitet man die Bezeichnung Klosterprobst übrigens traditionell von probatus, nicht wie sonst üblich von praepositus ab, deshalb auch „Probst“ und „Probstei“ – vor dem Torhaus). Die Priörin Erika von Bülow, die übrigens studierte Kunsthistorikerin ist, freut sich auf unseren Besuch. Nähere Informationen einschließlich einer Tagesordnung für die Mitgliederversammlung wie immer im Vorfeld auf unserer Homepage und per Mail in die Runde. Geplant sind ein Rundgang durch die Klosteranlage mit einem Besuch der altehrwürdigen Klosterkirche und ein gemeinsamer Imbiss um die Mittagszeit sowie im Anschluss daran unsere AK-Mitgliederversammlung.

Treffpunkt der Exkursion am 21. Mai 2022: Reventlou-Obelisk von 1897 vor dem Torhaus des Klosters Preetz (Fotos: D. Kraack)

Wer an der Veranstaltung teilnehmen möchte, wozu an dieser Stelle ausdrücklich ermuntert sei, möge das bitte kurz mitteilen, damit wir die Organisation der Führung und den Mittagsimbiss ein wenig besser planen können.

Außerdem sind wir – wie bereits angedeutet – für den **5. /6. November 2022** zu einer **AK-Tagung auf dem Koppelsberg** verabredet. Auch hier wird sich Mitgliedern des AK sowie Gästen und vor allem Nachwuchskräften die Möglichkeit bieten, über ihre aktuellen Forschungen zu berichten. – Wer Interesse verspürt, sich aktiv an unserer Tagung zu beteiligen, möge sich mit einem entsprechenden Vortragsangebot mit dem Sprecher des AK (E-Mail: detlev.kraack@gmx.de) oder mit anderen Mitgliedern des Leitungsgremiums in Verbindung setzen.

ARBEITSKREIS FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE SCHLESWIG-HOLSTEINS
Kassenführung

Abrechnung für das Geschäftsjahr 2021

EINNAHMEN	
Mitgliedsbeiträge	1.995,00
Zuschuss GSHG	2.500,00
Tagungsgebühren	445,00
Sonstiges/Spendeneinnahmen	173,70
Summe	**5.113,70**
AUSGABEN	
Tagung Akademie am See, Koppelsberg bei Plön	2.886,80
Herstellung Studien Bd. 57	5.025,00
Rundbrief #126, #127, #128 - Druck- & Versandkosten	2.291,14
Kontoführung	148,50
Sonstiges (u.a. Website Hosting)	313,18
Summe	**10.664,62**
Saldo Einnahmen / Ausgaben	**5.550,92**

Konto bei Hamburger Sparkasse Nr. 1500 726 466

Kontostand 31.12.2020	8.475,39
Kontostand 31.12.2021	2.924,47
Saldo Kontostände	**5.550,92**

Heist, 10. Februar 2022

Klaus-Dieter Redweik

Tagung „Die Fürstinnen der Lande. Handlungsspielräume im Spannungsfeld zwischen Dynastie, Familie und Individuum“ (Schloss Gottorf/Schleswig, digital; 13./14. Januar 2022)

von Jan Ocker

Nachdem die „Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig, Holstein und Lauenburg“ seit 2008 in einem umfangreichen und zügig zum Standardwerk avancierten Sammelband dargestellt sind,[1] wurde mit den nicht minder relevanten Fürstinnen nun die längst überfällige Ergänzung erbracht. Die von der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf in Schleswig und der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ausgerichtete Tagung konzentrierte sich ganz im Sinne der gegenwärtig betriebenen „Gender History“[2] und des fruchtbaren Ansatzes der „Handlungsspielräume“[3] auf das Wirken weiblicher Akteure im Norden des Alten Reiches sowie in Skandinavien. Übergeordnetes Ziel war es, die adeligen Damen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit in ihrem funktionalen Gefüge sichtbar zu machen und auf diese Weise einen essenziellen Beitrag zum generellen Herrschaftsverständnis zu leisten.

In seiner Begrüßung hob *Claus von Carnap-Bornheim* (Schleswig), Direktor der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen, den „authentischen Ort“ hervor, an dem die Konferenz eigentlich hätte stattfinden sollen, ehe sie letztlich doch in den digitalen Raum verlegt wurde. Der nationalen sowie vielfach auch internationalen Bedeutung der Protagonistinnen nachzuspüren, sei das zentrale Anliegen der Zusammenkunft, die wesentliche Ergebnisse der in Archiven, Museen und Universitäten geleisteten Forschung für die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit bündeln wolle.
Carsten Fleischhauer (Schleswig), Leiter des Museums für Kunst- und Kulturgeschichte Schloss Gottorf, betonte in seinem Grußwort die „gute Tradition“ der verschiedenen Kooperationsprojekte, um zugleich den Masterplan für die Museumsinsel in Schleswig in seinen Kernpunkten vorzustellen.
In das Thema der Tagung führte *Oliver Auge* (Kiel), Inhaber des Lehrstuhls für Regionalgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, ein, indem er den bisherigen Forschungsstand rekapitulierte: Neben dem Hinweis auf die maßgebliche Studie von Karl-Heinz Spieß zu „Familie und Verwandtschaft“ (1993)[4] seien speziell das von Elke Imberger herausgegebene Werk zum „Frauenleben im Spiegel der Landesgeschichte“ (1994),[5] der biographische Überblick „Zwischen Macht und Schicksal. Acht Herrscherinnen des Nordens aus acht Jahrhunderten (1200–2000)“ (2013),[6] die Aufsatzsammlung „Fürstliche

Witwen und Witwensitze in Schleswig-Holstein“ (2019)[7] sowie der jüngst vorgelegte Band zu „Frauen im Fokus der Regionalgeschichte“ (2022)[8] genannt. Besonders verdienstvoll sei zudem vor allem die von Melanie Greinert dargebrachte Dissertationsschrift „Zwischen Unterordnung und Selbstbehauptung. Handlungsspielräume Gottorfer Fürstinnen (1564–1721)“ (2018),[9] die als unentbehrliche Grundlage für eine weitere Beschäftigung diene.

Zu Beginn der ersten Sektion fragte *Oliver Auge* vor dem Hintergrund einer allgemeinen Modellvorstellung nach der Objekthaftigkeit, mit der Fürstentöchter zumeist assoziiert würden. Unterschiedliche Beispiele, wobei Margarethe I. (1353–1412) und Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1858–1921) als zwei exponierte Fälle herausgegriffen seien, stellen dieses starre Konzept zu Recht in Frage. Obgleich die primäre Ambition zweifelsohne stets darin bestanden habe, die Familie „generativ zu erhalten und rangmäßig zu erhöhen“ sowie das Konnubium für regionale und (zumindest angestrebte) überregionale Interessen zu nutzen, hätten sich in dem großen Feld der Herrschaft mit ihren ökonomischen und politischen Zielsetzungen eben durchaus auch persönliche Spielräume ergeben, die es bei entsprechenden Untersuchungen zu berücksichtigen gelte.
Im Anschluss befasste sich *Carsten Jahnke* (Kopenhagen) mit Dorothea von Brandenburg (1430–1495), die er im Kontext des 15. Jahrhunderts als eine machtvolle Fürstin mit zahlreichen Rechten und Privilegien verortete. Eine wichtige Quelle bilde, nicht nur bei dieser Akteurin, der ausgehandelte Ehevertrag, dem relevante Informationen etwa hinsichtlich des aufzubringenden Geldtransfers zu entnehmen seien. Als „domina regina Dorothea“ sei es der Protagonistin späterhin gelungen, eine hohe herrschaftliche Stellung zu erreichen, wovon schließlich auch die repräsentative Grablege im Dom zu Roskilde zeuge.
Gabriele Ball (Göttingen) widmete sich in ihren Ausführungen der 1619 im thüringischen Rudolstadt als weibliches Gegenstück der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ begründeten „Tugendlichen Gesellschaft“ mit ihrer Emblematik und der Programmatik, die bezogen auf die Sittenlehre an Aristoteles (384–322 v. Chr.) und Wolfgang Ratke (1571–1635) anknüpfte. Mitglied der Vereinigung war unter anderem Dorothea Augusta von Schleswig-Holstein-Gottorf (1602–1682), die den Gesellschaftsnamen der „Gerechten“ trug – ihr Emblem habe sich nicht erhalten –, während der Ehemann Joachim Ernst (1595–1671) in der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ der „Sichere“ war.

Im ersten Vortrag der zweiten Sektion präsentierte *Ulrike Sträßner* (Potsdam) das aus den schriftlichen Quellen abgeleitete Verhältnis zwischen Elisabeth

von Brandenburg (1485–1555) und ihrem Bruder Christian II. von Dänemark (1481–1559). Die Verbindung offenbare eine „geschwisterliche Solidarität“, bei der es etwa neben einer allgemeinen Kontaktpflege auch um den spezifischeren Informationsaustausch ging.
Die Schlosskapelle mit ihrer Ausgestaltung und Funktion stand bei *Uta Kuhl* (Schleswig) im Mittelpunkt des Vortrages. Fokussiert wurden konkret die religiösen Räume in Sonderburg, auf Schloss Gottorf sowie im Schloss vor Husum mit ihren je eigenen Besonderheiten, bei denen im ersten Fall die beiden Ahnentafeln, bei Gottorf die lebensnahen Details und bei Husum das persönliche Gesangbuch der Fürstin Maria Elisabeth von Schleswig-Holstein-Gottorf (1610–1684) aus dem Jahre 1676 angeführt seien.
Christian G. Schulz, der 2020 an der Kieler „Christiana Albertina“ promoviert wurde,[10] beschäftigte sich mit den sogenannten „Silberaltären“ in Husum und Stockholm bezüglich der Symbolik von Silber und Ebenholz, der fürstlichen Selbstinszenierung, der konfessionellen Teilhabe und des programmatischen Bekenntnisses. Als monumentale Kunstwerke hätten die Arbeiten neben ihrer religiösen Dimension insbesondere die landesherrliche Macht demonstriert.

Die dritte Sektion eröffnete *Ingrid Höpel* (Kiel) mit ihrem Beitrag zu dem heute nicht mehr bestehenden „Bethstübgen“ im Schloss vor Husum. Eine nur mäßig zufriedenstellende Auskunft über die einstige Gestaltung der Kammer biete lediglich „Den danske Vitruvius“ aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, weshalb der Blick über die Region hinaus geweitet werden müsse. So fänden sich vergleichbare Räume beispielsweise in England im Herrenhaus von Lady Anne Bacon Drury (1572–1624) sowie in Schweden auf Schloss Läckö.
Detlev Kraack (Plön) stellte daraufhin die aus dem Gutsarchiv Nehmten bei Plön gehobenen „Calender-Extracten“ vor, die von dem 1652 verstorbenen Husumer Pastor Peter Danckwerth stammen und die sowohl den (beruflichen) Alltag des Predigers als auch relevante politische Ereignisse in den Herzogtümern festhalten. In den seltenen handschriftlichen Aufzeichnungen begegne somit auch Augusta von Schleswig-Holstein-Gottorf (1580–1639), die ab 1616 das Schloss vor Husum als Witwensitz bewohnte.
Den Witwen Christine (1543–1604) und Maria Elisabeth von Schleswig-Holstein-Gottorf und ihrem jeweiligen Hofstaat galt die Aufmerksamkeit von *Claudius Loose* (Glücksburg). Während die erstgenannte Protagonistin im Kieler Schloss lebte, residierte die andere mehr als ein halbes Jahrhundert später im Schloss vor Husum. Die Hof- und Speiseordnung von 1588 und die Hofrechnung von 1676/77 lassen bei einer komparatistischen Auswertung in vielen Punkten eine Kontinuität bei den Ämtern erkennen.

Matthias Kirsch (Kiel) wandte sich der Musik am Gottorfer Hof im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert zu, wobei er hauptsächlich Zeitungsbeiträge heranzog. Ein besonderes Quellenzeugnis sei überdies das Hofgesangbuch der Fürstin Maria Elisabeth von Schleswig-Holstein-Gottorf aus dem Jahre 1676; für den Hof könne insgesamt ein reges kulturelles Interesse an Musik, an Oper und Theater konstatiert werden.

Am Anfang der vierten Sektion standen die Ausführungen von *Jens E. Olesen*, der bis 2017 den Lehrstuhl für Nordische Geschichte an der Universität Greifswald bekleidete und sich in seinem Vortrag mit Christina von Schweden (1626–1689) auseinandersetzte. Das Leben der Königin, die eine umfangreiche sprachliche und religiöse Erziehung genoss, sei keineswegs gewöhnlich gewesen. Vielmehr müsse der in einigen Aspekten tatsächlich selbstbestimmte und individuelle Weg als besonders eingestuft werden; dieser Lebensweg zeige aber eben auch, dass es für Fürstinnen durchaus Spielräume geben konnte.
Anschließend analysierte *Jan Drees*, der während seiner beruflichen Tätigkeit beim Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig für viele Buch- und Ausstellungsprojekte (mit)verantwortlich zeichnete,[11] das 1654 von Jürgen Ovens (1623–1678) angefertigte Ölgemälde, auf dem Hedwig Sophie von Schleswig-Holstein-Gottorf (1636–1715) von der Göttin Minerva zur schwedischen Königin gekrönt wird. Neben anderen Bildern wurden auch Medaillen gezeigt und hinsichtlich ihrer Motivik verhandelt.
Constanze Köster (Oeversee) ging nachfolgend auf weitere Gemälde von Jürgen Ovens ein, vor allem auf das „Gottorfer Friedensfest“ von 1652 und die darauf abgebildeten Damen. Während mit Blick auf die gezeigten Personen noch immer allzu häufig der Fokus auf die Herrscher gelenkt werde, dürfe die keinesfalls minimalisierte feminine Sphäre nicht vergessen werden. Eine genauere Untersuchung würden zudem die bisher fast gänzlich vernachlässigten weiblichen Putti verdienen.
Mit der Porträtsammlung im Eutiner Schloss und speziell mit den dort befindlichen Darstellungen Katharinas der Großen (1729–1796), die aus dem Hause Anhalt-Zerbst stammte, befasste sich *Sophie Borges* (Eutin), die drei Werke einer genaueren Analyse unterzog. Hierbei wurden die Symbole mit den daran geknüpften politischen Allianzen erläutert. Ziel sei es stets gewesen, die Herrscherin mit ihren charakteristischen Zügen als eine starke Persönlichkeit zu verewigen.
Briefe bildeten das Quellenkorpus, aus dem *Britta-Juliane Kruse* (Wolfenbüttel) für ihren Vortrag zu Hedwig von Braunschweig-Lüneburg (1540–1602) schöpfen konnte, um das Korrespondenznetzwerk einer frühneuzeitlichen Fürstin

aufzuzeigen. Die Zettel – entweder Autographen oder doch zumindest von Hand unterschrieben – entstanden anlassbezogen, wenn etwa an eine Eheschließung zu denken sei. Hedwigs Aufzeichnungen lassen aber beispielsweise auch ihr medizinisches Interesse durchschimmern.

Die fünfte Sektion läutete *Melanie Greinert* (Kiel) mit ihrer Lebensskizze zu Friederike Amalie von Schleswig-Holstein-Gottorf (1649–1704) ein. Diese sei „Sprachrohr ihres Mannes" Christian Albrecht (1641–1694) gewesen; zu verweisen ist auf die Hochzeit und den Ehevertrag von 1667. Als Herzogin war sie in die politischen Auseinandersetzungen wie die Belagerung Hamburgs im Jahre 1679 und die Ereignisse in Nordeuropa eingebunden, wobei sie, obwohl Schwester des dänischen Königs Christian V. (1646–1699), einen schwedenfreundlichen Kurs verfolgt habe. Nach dem Tod des Herzogs bezog Friederike Amalie ihren Witwensitz in Kiel.
Karen Asmussen-Stratmann (Schleswig) zeichnete die Baugeschichte der im Gottorfer Neuwerkgarten gelegenen Amalienburg – benannt nach Friederike Amalie – nach. Das nicht erhaltene, aus Holz und Stein gefertigte Bauwerk sei als repräsentative Anlage zu bewerten. Das Bildprogramm der von Jürgen Ovens geschaffenen Innenausmalung des „Lusthauses" sei heute nur noch schwer nachzuvollziehen; im Kuppelgemälde hätten sich klassischerweise Gottheiten – wie Minerva – wiedergefunden.
Im abschließenden Tagungsbeitrag widmete sich *Joachim Krüger* (Greifswald) im Kontext der europäischen Politikgeschichte am Übergang vom 17. zum 18. Jahrhundert der aus Schweden stammenden Herzogin Hedwig Sophia von Schleswig-Holstein-Gottorf (1681–1708). Konkret ging es dabei einerseits um die Brautwerbung, die Friedrich IV. (1671–1702) im Jahre 1698 für sich entscheiden konnte, und andererseits um Hedwig Sophias Vormundschaftsregierung für ihren Sohn Karl Friedrich (1700–1739). Ein bewusstes Ziel habe darin bestanden, eigene Spielräume innerhalb des Gesamtgefüges zu schaffen.

Weibliches fürstliches Wirken in Mittelalter und Früher Neuzeit war, wie die gelungene Konferenz für die Herzogtümer Schleswig und Holstein sowie für Gebiete darüber hinaus zu zeigen vermochte, maßgeblich von einer Ambivalenz geprägt: Die Fürstinnen fanden sich bei männlicher Regentschaft in einem Bereich von „Unterordnung und Selbstbehauptung" wieder, um Greinert in der Begrifflichkeit zu folgen, ohne dass Handlungsspielräume von vornherein und per se möglich oder nicht möglich waren. Die Beiträge sollen dankenswerterweise in einem Tagungsband gesammelt werden und somit nachzulesen sein.

Anmerkungen

1 Carsten Porskrog Rasmussen u. a. (Hrsg.): Die Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig, Holstein und Lauenburg. Neumünster 2008.

2 Siehe aus dem Reigen der Veröffentlichungen beispielsweise Claudia Opitz-Belakhal: Geschlechtergeschichte, Historische Einführungen, 8. Frankfurt a. M./New York [2]2018.

3 Als bedeutsame Arbeiten seien in diesem Zusammenhang Alfred Haverkamp (Hrsg.): Friedrich Barbarossa. Handlungsspielräume und Wirkungsweisen des staufischen Kaisers, Vorträge und Forschungen, 40. Sigmaringen 1992, sowie Oliver Auge: Handlungsspielräume fürstlicher Politik im Mittelalter. Der südliche Ostseeraum von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in die frühe Reformationszeit, Mittelalter-Forschungen 28, Ostfildern 2009, genannt. – Zu verweisen ist mit Blick auf weibliche Akteure indes etwa auf Amalie Fößel: Politische Handlungsspielräume der Königin im hochmittelalterlichen Reich, in: Rolf Ballof (Hrsg.): Geschichte des Mittelalters für unsere Zeit. Stuttgart 2003, S. 138–154.

4 Karl-Heinz Spieß: Familie und Verwandtschaft im deutschen Hochadel des Spätmittelalters. 13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte 111. Stuttgart 1993 ([2]2015). – Siehe auch dens. (Hrsg.): Die Familie in der Gesellschaft des Mittelalters, Vorträge und Forschungen 71, Ostfildern 2009.

5 Elke Imberger (Hrsg.): „Der Stand der Frauen, wahrlich, ist ein schwerer Stand“. Frauenleben im Spiegel der Landesgeschichte, Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein 39. Schleswig 1994.

6 Oliver Auge u. a. (Hrsg.): Zwischen Macht und Schicksal. Acht Herrscherinnen des Nordens aus acht Jahrhunderten (1200–2000) / Mellem magt og skæbne. Otte herskerinder i norden fra otte århundreder (1200–2000), Große Schriftenreihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte 78, Flensburg 2013.

7 Oliver Auge/Nina Gallion/Thomas Steensen (Hrsg.): Fürstliche Witwen und Witwensitze in Schleswig-Holstein, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 127, Husum 2019.

8 Nina Gallion/Caroline E. Weber (Hrsg.): Frauen im Fokus der Regionalgeschichte. Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis heute, Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 3, Kiel 2022.

9 Melanie Greinert: Zwischen Unterordnung und Selbstbehauptung. Handlungsspielräume Gottorfer Fürstinnen (1564–1721), Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 1, Kiel/Hamburg 2018.

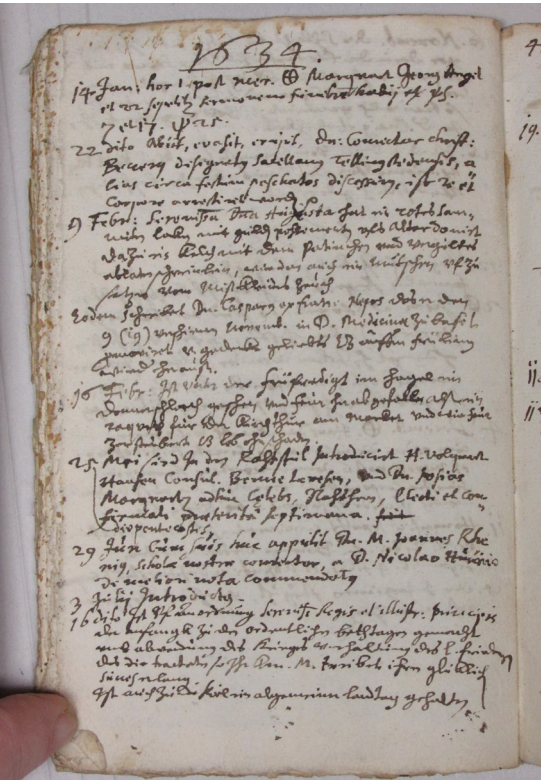
10 Christian G. Schulz: Gottes Wort und fürstliche Macht. Silberaltäre zwischen München und Stockholm. Regensburg 2021.

11 An dieser Stelle soll exemplarisch verwiesen werden auf Heinz Spielmann/Jan Drees (Hrsg.): Gottorf im Glanz des Barock. Kunst und Kultur am Schleswiger Hof, 4 Bde. Schleswig 1997.

Die Kalendernotizen des Husumer Pastors Peter Danckwerth (1611-1652)

herausgegeben und kommentiert durch Detlev Kraack (Studien und Materialien, 36), Verlag Nordfriisk Instituut, Bräist / Bredstedt, Nordfriesland 2021 ISBN 978-3-88007-437-8 (288 S., zahlr. Abb.).

Die Veröffentlichung dokumentiert die abschriftlich überlieferten Kalendernotate eines aus Husumer Perspektive prominenten Zeitgenossen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Verfasst wurden sie von dem aus Lütjenburg im östlichen Holstein gebürtigen vormaligen Rektor der Husumer Gelehrtenschule, dem Husumer Geistlichen Peter Danckwerth (1580–1652). Dieser hat aller Wahrscheinlichkeit nach die Bordesholmer Lateinschule besucht. Nach dem Studium in Rostock und Wittenberg wirkte er von 1609 bis 1615 zunächst als Rektor der Husumer Lateinschule. Nach dem Wechsel von der weltlichen in die geistliche Laufbahn war er von 1615 an zunächst Diakon und von 1617 an Archidiakon und wirkte dann seit 1618 als Hauptpastor an der Husumer Marienkirche. In der Summe fassen wir in seinen Aufzeichnungen das bewegte Panorama einer Zeit, die durch die Kriegswirren der Jahre 1627–1629 und 1643–1645 sowie durch das Wüten der Nordseefluten in den Jahren 1615, 1625 und 1634 tiefe Einschnitte erfuhr. Als Geistlicher stand Danckwerth mit zahlreichen Persönlichkeiten und gesellschaftlichen Gruppen seiner Zeit in Verbindung, von dem Gottorfer Fürsten als seinem Landesherrn und der in Husum ansässigen Herzoginwitwe Augusta über seinen eigenen, bürgerlich sozialisierten Bekanntenkreis und seine weit verzweigte Familie bis hin zu den „einfachen“ Leuten, deren Seelsorger er war. Von der hohen Politik bis zu alltäglichen Freuden und Nöten, vom Deichbau über Kriegswirren bis



Faksimile der Preetzer Handschrift zu den Kalendereinträgen vom 14. Januar bis 16. Juli 1634 (Foto D. Kraack)

zu Wetterphänomenen findet man in seinen Aufzeichnungen vieles, was ansonsten nirgends nachzulesen ist. Nicht nur von daher eröffnen Danckwerths Kalendernotizen tiefe und bisweilen ungewohnte Einblicke in die Lebenswirklichkeit des 17. Jahrhunderts.

Neben der in enger Anlehnung an die handschriftliche Vorlage edierten, reichlich kommentierten und im Rahmen einer Einleitung in ihren historischen Kontext eingeordneten Quelle umfasst die Veröffentlichung umfangreiche Register der in Danckwerths Notaten erwähnten Orte, Personen und Sachen sowie eine vollständige Ablichtung der Handschrift von 28 Blättern, die im Original in Beständen aus der Überlieferung der Husumer Patrizierfamilie Axen im Gutsarchiv Nehmten verwahrt wird.

Wer an der Koppelsbergtagung des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ende November 2018 teilgenommen hat, wird sich noch an unseren damaligen Besuch im Nehmtener Gutsarchiv und an die archivalischen Schätze erinnern, die wir bei dieser Gelegenheit von der Gutsarchivarin Heide Beese gezeigt bekamen. Zu diesen Schätzen gehört auch die Abschrift der Danckwerthschen Kalendernotizen, die mit der vorliegenden Edition einem größeren Kreis von Interessierten zugänglich gemacht wird. – Quam (sc. editionem) tollite necnon legite!

„Sehen und Verstehen“ – Einladung zu einem Projekt über den Umgang mit Bildern zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Von Detlev Kraack

Bilder dienen seit jeher zur Illustration. Sie sind aber selbst wichtige historische Quellen. Wer historische Gegenstände vermitteln will, sollte sich der Wirkmächtigkeit von Bildern bewusst sein. Zugleich sollte man sich kritisch mit ihrem Quellenwert sowie mit ihrer Entstehung und Überlieferung auseinandersetzen. Dass ein Bild mehr sagt als tausend Worte, ist ein viel zitierter Gedanke. Das ist natürlich richtig, birgt aber gerade dann, wenn es um konkrete Beispiele geht, viel Stoff für weitere Erörterungen. Denn wie und mit welchen Mitteln eine Bildquelle spricht, wer hier hinter der vordergründigen Bildoberfläche für Komposition und Botschaft zuständig ist, wie Bilder bei Betrachterinnen und Betrachtern Wirkung entfalten können, ist alles andere als trivial. Es sollte indes stets mit bedacht werden. Und dass sich Seh- und Wahrnehmungsgewohnheiten mit der Zeit ändern, birgt zusätzliche Schwierigkeiten für den Umgang mit Bildern. Aus alledem hat sich eine historisch-didaktische Bildkunde entwickelt, ohne die heute kein Handbuch zur Geschichtsdidaktik mehr auskommt. Entsprechende Abschnitte schließen Überlegungen zur Bildproduktion und Überlieferung ebenso ein wie solche zu Wahrnehmungsgewohnheiten und Anleitungen zu Deutung und Bildinterpretation.

Auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte stellen Bilder wichtige Quellen dar. Bevor man sich mit den Bildinhalten beschäftigt, sollte indes geklärt werden, in welchem Zusammenhang, wann und aus welcher Mitteilungsintention heraus Bilder entstanden sind. Auch sollte die Auswahl von Gegenstand und Ausschnitt der Darstellung beachtet werden. Um zu verstehen, was ein Bild erzählt bzw. sein Produzent über den von ihm ins Bild gesetzten Gegenstand mitteilt, sollte man schließlich auch im Blick haben, was es alles ausblendet.

Es liegt auf der Hand, dass gerade auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Idealisierung und Romantisierung wie auch ihr jeweiliges Gegenteil erkenntnistheoretische Fallen bei der Arbeit mit Bildern darstellen. Das gilt übrigens völlig unabhängig davon, ob es sich bei einem Bild um eine vordergründig naive Bleistiftskizze, um ein komplexes Stillleben oder um den vermeintlichen Schnappschuss einer Photographin oder eines Photographen handelt. Natürlich kann man sich bei der Arbeit mit entsprechenden Materialien den Blick der oder des Darstellenden zu eigen machen. Indes können je nach Fragestellung und anders als von der Bildproduktion und Komposition her angedacht auch Hintergründe und Bildränder in den Mittelpunkt einer ertrag-

reichen wirtschafts- und sozialhistorischen Bildbetrachtung treten. In diesem Sinn kann etwa auch der Schatten, den die im Rücken einer Photographin oder eines Photographen stehende Sonne auf eine Häuserzeile wirft, dabei helfen, Bebauung und Geschosshöhen einer gegenüberliegenden Häuserzeile zu rekonstruieren – oder umgekehrt, wenn diese bekannt sind, eine Datierungshilfe für das Bild liefern.
Im Sinne des vorausgehend Ausgeführten möchte ich Interessierte dazu einladen, sich beispielhaft mit von ihnen selbst ausgewählten Bildern zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in das Projekt einzubringen. Entsprechende Beiträge können sehr unterschiedlichen Umfangs und Charakters sein und sich – auf dem Weg über konkrete Beispiele – etwa auch theoretischen und methodischen Fragen widmen. Neben einzelnen Bildbeschreibungen und an diese anschließenden Interpretationen, die für Herausforderungen und Chancen der Arbeit mit Bildquellen sensibilisieren sollen, können auch Beiträge zu besonderen, vielfach zur Illustration historischer Abhandlungen verwendeten Bildbeständen stehen.
Zu denken wäre hier etwa an:

- Bilddokumente auf spätmittelalterlichen Altarretabeln oder frühneuzeitlichen Epitaphien,
- Stadtdarstellungen aus den Civitates Orbis Terrarum von Georg Braun und Franz Hogenberg (spätes 16. Jh.),
- Bildvorlagen für Heinrich Rantzaus Landesbeschreibung (spätes 16. Jh.),
- Illustrationen frühneuzeitlicher Flugschriften,
- in Alltagsverrichtungen dargestellte Figuren um die Kartuschen auf den Karten von Johannes Meier (Mitte 17. Jh.),
- Bildgrabsteine der frühneuzeitlichen Küstenkulturen um Nord- und Ostsee,
- Photografien aus der Werkstatt des Photopioniers Friedrich Brandt (2. Hälfte 19. Jh.),
- Postkartenillustrationen (ab dem 19. Jh.),
- Photografien von Theodor Möller (um und nach 1900),
- Plakate und Werbegraphik (19. u. 20. Jh.),
- Pressephotographie des 20. und 21. Jh.

Ebenso wäre über die Verfügbarkeit von Bildbeständen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Archiven und Bibliotheken, über die Entstehungs- und über die Überlieferungsbedingungen entsprechender Zeugnisse nachzudenken.
Es wäre schön, wenn im Rahmen des Projektes eine Art quellenkundlicher Handreichung mit Anregungen für den praktischen Umgang mit Bildern er-

stellt werden könnte. Darüber, was eine entsprechende Handreichung besonders wertvoll machen könnte, wäre vor dem Hintergrund konkreter Vorschläge auf einem ersten Treffen zu beraten. Anregungen dazu vermitteln ja vielleicht schon die Umschlagsillustrationen der Rundbriefe Nr. 127-129 mit den erläuternden Texten zu den Abbildungen. Ich würde mich in dem Projekt übrigens gerne auf zweidimensionale Bilder im herkömmlichen Sinn des Wortes beschränken. Das Nachdenken über dreidimensionale Objekte, Denkmäler und Filme möge weiteren Projekten vorbehalten bleiben.
So möchte ich abschließend alle Mitglieder des Arbeitskreises sowie auch andere Interessierte dazu einladen, sich an dem Projekt über „Sehen und Verstehen“ zu beteiligen. Anmeldungen dazu wie Rückfragen bitte per E-Mail an meine Adresse (detlev.kraack@gmx.de). Ich würde gerne noch vor den Sommerferien ein erstes Treffen aller an der Teilnahme Interessierten abhalten, damit wir dann auf der AK-Tagung auf dem Koppelsberg am 5./6. November 2022 schon einen Eindruck von unseren Plänen und Ideen an die dort Versammelten vermitteln können.

Beiträge

„Lehnswesen revisited: Das Beispiel Dänemarks als regionaler Sonder- oder europäischer Normalfall im Mittelalter?“ – eine Projektvorstellung

Von Frederic Zangel

Das an der Kieler Professur für Regionalgeschichte angesiedelte DFG-Projekt nimmt das Lehnswesen in den Blick.[1] Den Untersuchungs(zeit)raum bilden das mittelalterliche Dänemark sowie jene Gebiete, die zeitweise unter dänischer Herrschaft standen. Einerseits griffen dänische Könige etwa in den Norden des Heiligen Römischen Reiches oder ins Baltikum aus, andererseits erlangten norddeutsche Fürsten Herrschaftsrechte in Dänemark, wo sie Lehnsnehmer wurden bzw. Pfänder innehatten, die es als Pfandlehen zu berücksichtigen gilt. Im Rahmen der Projektarbeit sind mehrere Veröffentlichungen vorgesehen, von denen eine Monografie, die wesentliche Erkenntnisse zusammenfasst, die wichtigste ist.

Dabei müssen klassische Modellbildungen zum Lehnswesen, nicht zuletzt das Bild der Lehnspyramide, kritisch hinterfragt werden. Nach dieser Auffassung erwuchs die Hierarchisierung der mittelalterlichen Gesellschaft aus der Vergabe von Lehen durch den König an seine Kronvasallen, die ihrerseits Lehen an ihre Untervasallen vergaben. Die Lehnsmänner waren dem Lehnsherrn treu, leisteten Dienste und wurden beschützt und beschirmt. Doch welche Alternativen gibt es, die Praxis von Belehnungen und Gefolgschaft sinnvoller zu beschreiben und wie kann Dänemark inbegriffen werden? Dort wurde die Existenz eines Lehnswesens im klassischen Sinne, für das etwa Heinrich Mitteis oder François Louis Ganshof stehen, in der Regel nur für die Fürstenlehen angenommen.[2] Bis heute sind die von Kristian Erlsev gesetzten Thesen wirkmächtig, so die Annahme, das „dänische Lehnswesen“, vom Verwaltungsbezirk „Len“ abgeleitet, stehe mit dem „eigentlichen Lehnswesen“ in keinem Zusammenhang.[3] „Dansk lensvæsen“ meint etwas anderes als „Lehnswesen in Dänemark“ und wurde als Forschungsbegriff etwa von Harry Christensen auf die Lokaladministration angewandt.[4]

Für die internationale Lehnswesenforschung ist das Jahr 1994 als Wendepunkt anzusehen, als Susan Reynolds ihre Monografie über „Fiefs and Vassals“ publizierte.[5] Diese suchte für England, Frankreich und Deutschland zu erschließen, ob die Phänomene Vasallität und Lehen zu einer institutionellen Ordnung führten, die zur Erklärung mittelalterlicher Geschichte beitragen kann, und kam zu dem Schluss, dass die Quellenlage unklarer sei als bis dahin behauptet. Seit

dem Erscheinen von Reynolds' Werk konnten diese Zweifel in mehreren Monografien und Tagungsbänden teils bestätigt, teils ausgeräumt werden.[6] Auch nach der aktuellen Auffassung vom Lehnswesen als Ordnungskonzept war der Vasall dem Herrn zu Treue, Hilfe und Diensten verpflichtet, der Herr seinem Vasallen zur Treue, zu Schutz und Schirm. Die Vasallität wurde durch symbolische Handlungen eingegangen und stand gleichrangig neben der dinglichen Komponente, dem Lehen. Beide Komponenten waren verknüpft, der Lehnsherr übertrug das Lehen seinem Vasallen, der es zur Leistung von Diensten nutzte. Das Modell ist flexibler als die Lehnspyramide und damit weniger eine Schablone, in welche die Quellen hineingepresst werden. Vielmehr finden die regionalen Variationen des historischen Phänomens Lehnswesen stärkere Berücksichtigung. Ein zentraler Aspekt bleibt indes der lehnrechtliche Rahmen, in den Vasallität und Lehen gestellt waren. Da sich dieser für Dänemark nur punktuell und mit dünnem Stift nachzeichnen lässt, stellt sich die Frage nach der Eignung des Lehnswesens als Ordnungskonzept beim Verständnis dortiger Ereignisse und Strukturen.

Zweifellos haben die Verschiebungen im Forschungsstand, die aus Reynolds' Werk und den Reaktionen darauf resultierten, Auswirkungen für Dänemark. Es ergeben sich neue Forschungsfragen, etwa danach, ob zentrale Ereignisse der dänischen Geschichte nicht doch im Kontext des Lehnswesens zu sehen sind. Es stellt sich zudem die Frage nach der Dynamik, etwa der Dauerhaftigkeit von Lehnsbindungen. Hier kann die Gefangennahme König Waldemars II. durch dessen Lehnsmann Heinrich von Schwerin 1223 in den Blick genommen werden, die ein Treuebruch war.[7] Mit Verweis auf denselben Vorgang kann gefragt werden, was die Attraktivität des Lehnswesens ausmachte und ob die Vasallen nicht zuweilen in Lehnsbindungen gezwungen wurden. Bezüglich des rechtlichen Rahmens sind der Sachsenspiegel und dessen Gültigkeit in Dänemark zu untersuchen. Allgemein werden Schriftquellen in möglichst großer Zahl sowie deren Verhältnis zur Mündlichkeit berücksichtigt. Die Quellenterminologie ist zu prüfen, lassen doch Begriffe wie *beneficium*, *feudum*, *len*, aber auch *vasallus*, *homagium* oder *juramentum* unterschiedliche Rückschlüsse zu. Mitunter sind die Umschreibungen komplexer, womit sich die Frage stellt, inwieweit beim Fehlen begrifflicher Kennzeichen eine Zuordnung zum Lehnswesen erfolgen kann.

Michael H. Gelting bezweifelte zwar für Dänemark nochmals die Existenz eines Lehnswesens, wies aber zugleich auf im 12. Jahrhundert erkennbare Ansätze hin.[8] Saxo Grammaticus zufolge sollte 1166 der Sohn König Waldemars I., Knud VI., zum Mitkönig gekrönt werden, doch war ein Verwandter namens Buris, der sich wohl Hoffnungen auf den Thron machte, erst nach der Vergrö-

ßerung seiner offenbar schon vorhandenen Lehen zum Treueeid bereit. Anklänge zum Lehnswesen sind also durchaus erkennbar! Für den allgemeinen Forschungstand zum Lehnswesen bleibt dennoch die von Oliver Auge konstatierte Verunsicherung kennzeichnend, die es produktiv zu nutzen gilt, um, so das sprachliche Bild Jacob Tullbergs, dem tausendköpfigen Monster entgegentreten zu können.[9] Besondere Aufmerksamkeit verdienen Fragen nach der Verortung des Lehnswesens zum Feudalismus, zur Verwaltung oder zum Leihewesen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in der Monografie zusammengefasst und abschließend der Versuch einer Neudefinition des Lehnswesens unternommen.

Anmerkungen

1 Vgl. www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/abteilungen/regionalgeschichte-mit-schwerpunkt-schleswig-holstein/projekte (Letzter Zugriff 22.11.2021).
2 Heinrich Mitteis: Lehnrecht und Staatsgewalt. Untersuchungen zur mittelalterlichen Verfassungsgeschichte, Weimar 1933; François Louis Ganshof: Was ist das Lehnswesen? 7. Auflage, Darmstadt 1983.
3 Kristian Erslev: Europæisk feudalisme og dansk Lensvæsen, in: DHT 7,2, 1899, S. 247-304, bes. S. 277.
4 Harry Christensen: Len og magt i Danmark 1439-1481. De danske slotslens besiddelsesforhold analyseret til belysning af magtrelationerne mellem kongemagt og adel, Skrifter udgivet af Jysk selskab for historie 42. Aarhus 1983.
5 Susan Reynolds, Fiefs and vassals. The medieval evidence reinterpreted, Oxford 1994.
6 Vgl. etwa: Jürgen Dendorfer und Roman Deutinger (Hrsg.): Das Lehnswesen im Hochmittelalter, Mittelalter-Forschungen 34. Ostfildern 2010; Sverre Bagge, Michael H. Gelting und Thomas Lindkvist (Hrsg.): Feudalism. New landscapes of debate, The medieval countryside 5. Turnhout 2011; Karl-Heinz Spieß (Hrsg.): Ausbildung und Verbreitung des Lehnswesens im Reich und in Italien im 12. und 13. Jahrhundert, Vorträge und Forschungen 76. Ostfildern 2013.
7 Vgl. Walter Lammers: Das Hochmittelalter bis zur Schlacht von Bornhöved, Geschichte Schleswig-Holsteins 4,1. Neumünster 1981, S. 393-395.
8 Michael H. Gelting: The Problem of Danish ‚Feudalism'. Military, Legal, and Social Change in the Twelfth and Thirteenth Centuries, in: Bagge/Gelting/Lindkvist: Feudalism (wie Anm. 6), S. 159-184, hier S. 167 f., auch zum Folgenden.
9 Oliver Auge: Ausbildung und Verbreitung des Lehnswesens im Reich und in Italien im 12. und 13. Jahrhundert – eine Zusammenfassung, in: Spieß (wie Anm. 6), S. 337-356, hier S. 341; Jacob Tullberg: Europæisk feudalisme i globalhistorisk perspektiv, in: DHT 118, 2018, S. 427-446, hier S. 427.

„Ewiger Kampf mit den Sturmfluten“ – Eine kurze Geschichte des Hochwassers in Uetersen

Von Fabian Boehlke

„Ewiger Kampf mit den Sturmfluten“, so lautet die Überschrift eines Artikels in der Jubiläumsausgabe der Lokalzeitung Uetersener Nachrichten zur hundertjährigen Stadtwerdung.[1] Seit jeher hat die Stadt Uetersen an der Pinnau, einem Nebenfluss der Elbe, mit den Gefahren des ansteigenden Wassers zu kämpfen. Die Zeitungsüberschrift demonstriert die hohe Bedeutung, die das Thema für die Stadt hatte. Die stetige Beziehung zwischen Umwelt und Mensch kann schließlich für eine ganze Stadt oder Region prägend sein.[2]

Obwohl die Stadt Uetersen seit mehreren Jahrzehnten von großen Flutkatastrophen verschont blieb, ist die Gefahr in Zeiten des Klimawandels erneut aktuell. In der Ortsgeschichte waren Sturmfluten dagegen häufiger Thema, zumeist allerdings bezogen auf das Mittelalter.[3] Chroniken wie die des Stadtchronisten Hans Ferdinand Bubbe, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts endet, berichten von Sturmkatastrophen der folgenden Jahrhunderte, und auch für das 20. Jahrhundert gibt es gute Quellen zur Erforschung der Stadtgeschichte, insbesondere die zahlreichen Zeitungsartikel in den Uetersener Nachrichten.

Bereits bei der ersten Burg, die vom Klostergründer Ritter Heinrich von Barmstede auf dem späteren Uetersener Gebiet errichtet wurde, spielte der Kampf mit dem Wasser eine entscheidende Rolle. Der damalige Verlauf der Pinnau gab den Standort der unmittelbar neben dem späteren Klostergelände im Süden der heutigen Stadt gelegenen Wasserburg vor. Burg und Vorburg waren von drei Seiten mit Wasser umgeben, der künstlich geschaffene Burggraben bildete die vierte Seite.[4] Diese Lage der Burg unmittelbar an der unregulierten Pinnau brachte zwar Schutz, setzte die Burg aber auch häufigen Überflutungen aus. Es wird daher vermutet, dass dies dazu geführt hat, dass die alte Burg um das Jahr 1240 herum aufgegeben und später eine neue errichtet wurde.[5] Lange lag das Schicksal dieser zweiten Burg im Dunkeln. Dass der mutmaßliche Standort bekannt ist, verdankt sich den akribischen Quellenrecherchen der Regionalforscherin Doris Meyn. Den entscheidenden Beleg brachte schließlich ein Dokument des Jahres 1788. Es handelte sich um den Vertrag zum Bau und Betrieb einer Sägemühle, der auch genaue Vermessungsdaten und eine Karte enthielt, anhand derer Meyn den ehemaligen Standort erschließen konnte. Gelegen hat die Burg ebenfalls direkt an der Pinnau, allerdings weiter südwestlich neben der heutigen Deichstraße.[6] Der Platz, auf dem die neue Burg einst stand, hat dieselbe Höhe wie der Pinnaudeich. Schon deshalb wird ein Zusammenhang mit der Eindeichung des Flusses vermutet, die allerdings nicht genau zu termi-

nieren ist.[7] In jedem Fall lag der neue Burgplatz höher als die erste Klosteranlage, die sich an der Stelle der ersten Burg samt Vorburg befand.
Auch anhand der eigentlichen Klosterbebauung ist die zunehmende Bedrohung durch die Sturmfluten erkennbar. Der Heimatforscher Henningsen führt hierfür Niveauunterschiede zwischen dem Klosterfriedhof und der umliegenden Bebauung als Beleg an. Ebenso fand man den 1960er Jahren bei der Verlegung einer Leitung ein Fundament in 2–2,5 Meter Tiefe, was dafür spricht, dass das Gelände über die Zeit aufgeschüttet wurde. Auch die einzelnen Gebäude des Klosters weisen ein unterschiedliches Niveau des Baugrundes aus. Die Höhenunterschiede gehen einher mit dem Alter der Gebäude. Das älteste Gebäude, das Südhaus, das den Brand des Jahres 1424, der große Teile der Klosterbebauung vernichtete, überlebte, liegt einen Meter über dem Friedhof. Das Priörinnenhaus, das 1664 errichtet wurde, liegt um einen Meter höher. Das v.-Bernstorff-Haus, welches aus dem beginnenden 19. Jahrhundert stammt, liegt noch auf demselben Niveau. Nochmal 50 cm höher gebaut ist das Praebendenhaus von 1873.[8]

Die allmählichen Aufschüttungen des Klosters belegen die Gefahr durch das Wasser, die das Kloster und somit auch den angrenzenden Ort Uetersen vom Mittelalter über die frühe Neuzeit bis in die Moderne begleitete. Insgesamt

Auf dem Foto sieht man die Fassade des Südhauses im Kloster Uetersen sowie den Rand des Klosterfriedhofes. Das Südhaus liegt etwa einen Meter über dem Niveau des Friedhofes. (Foto: F. Boehlke)

sind aus dem 17. und 18. Jahrhundert ein gutes Dutzend Sturmfluten aus der Region bekannt. Einzelheiten sind nicht immer überliefert, so dass die Zahl auch deutlich höher liegen könnte.[9]

Gut in Erinnerung bleiben die besonders schweren Katastrophen. So seien zum Beispiel die Dimensionen jener Flut des Jahres 1656 für die Bewohner gut zu erkennen gewesen, da sogar Holz aus Hamburg angeschwemmt worden ist.[10] Das Wasser war auch ein elementarer Grund dafür, dass 1747 die alte Klosterkirche abgerissen und später durch einen Neubau ersetzt wurde. Zwar war sie ohnehin zu klein für die damalige Bevölkerung Uetersens, aber gleichzeitig war sie mehrfach durch das Pinnauhochwasser und starke Regenfälle überschwemmt und dadurch baufällig geworden.[11] Auch in den folgenden Jahrhunderten gab es immer wieder große Schäden durch schwere Sturmfluten. Zu nennen ist hier beispielsweise die große Flut des Jahres 1756. Der Chronist Johann Friedrich Camerer, der eigentlich als Kriegs-Assessor im Raum Uetersen stationiert war, hielt sich unmittelbar nach der Flut in Uetersen auf und berichtete von etwa 30 Häusern, die weggespült worden seien, „deren traurige Ueberbleibsel noch hier und dar an den Deichen zerstreuet herumlagen." Viele Menschen seien von den Fluten überrascht worden. Sie hörten schon das Wasser rauschen und sahen den drohenden Tod, ehe sie an Rettung denken konnten.[12] Auch 1793 gab es eine Flut, die viele Menschen obdachlos machte. Sie löste eine Überlegung aus, den Koppeldeich bei Uetersen zu erhöhen, da dieser bei der Flut mehrfach eingebrochen war.[13]

In den Jahren 1822 bis 1825 kam es jährlich zu einer Überflutung. 1822 und 1823 soll es möglich gewesen sein, mit dem Boot bis aufs Klostergelände zu kommen. 1824 reichte das Wasser sogar bis zu den ersten Häusern an der Kuhlenstraße, ein paar hundert Meter von der Pinnau entfernt.[14] Die schwerste Sturmflut war die des Jahres 1825. In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar stieg das Wasser infolge von Sturm stark an und hatte um Mitternacht den Koppeldeich an zwei Stellen eingerissen. „Das Wasser stand bis an den Klosterhof und tobte so sehr, daß die Bleicherbrücke losriß und das Bleicherhaus in Gefahr war umzustürzen", berichtet der Chronist Heinrich Rost, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Syndikus im Kloster Uetersen wirkte, in seinen „Beiträgen zur Geschichte und Verfassung des Klosters Uetersen und dazugehörige Teile" von 1826. Die ganze Region war von der Flut betroffen, die Haselauer Marsch stand unter Wasser, überall brachen Deiche ein. Gleichzeitig weckte so eine Katastrophe vielfach das Gute im Menschen, auch schon zu früheren Zeiten. „Es bildete sich", so Rost, „zu Uetersen gleich ein Verein zur Abhülfe der ersten Not und Kähne und Schalupen wurden mit Lebensmitteln an die Ueberschwemmten abgeschickt."[15] Nach der Flut von 1825 blieb die Stadt lange Zeit von größe-

ren Fluten verschont. Laut Bubbe waren dafür der Ausbau des Wetterdienstes und die Verbesserung und Erhöhung der Deiche der Grund gewesen.[16]

Die Meierei in Uetersen am 17. Februar 1962 (Stadtarchiv Uetersen, Foto-Sammlung Ehrenfried Stoffer, 2008-23, 3380)

Die ruhige Phase hielt bis in die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs. Am bekanntesten sind die Ereignisse im Februar 1962 im Zuge der Hamburger Jahrhundertflut. In Uetersen stand ab der Nacht vom 16. auf den 17. Februar das Wasser mehr als vier Meter über Normalnull. Schon drei Tage vor der Flut musste die Feuerwehr einen Einsatz im Stichhafen bewältigen: Nach einem Sturm stieg der Pegel der Pinnau auf zwei Meter über Normal. Über das Spülbecken im Hafen, wo das Wasser nicht mehr richtig abfließen konnte, drohte das Pinnauhochwasser die Stadt zu gefährden. Die Freiwillige Feuerwehr musste mehrere Stunden lang das Wasser aus dem Becken zurück in die Pinnau pumpen, um die Lage zu entschärfen.[17]

Wenige Tage später bei der großen Flut war Uetersen völlig auf sich gestellt. Umso schwerer war die Bewältigung. Eigenständig organisierte die Stadt ein Ruderboot, um Menschen in den Katastrophenfällen schnell helfen zu können. Ein Krisenstab im Rathaus wurde eingerichtet, ein Lautsprecherwagen informierte die betroffenen Bürger, die in den besonders gefährdeten Straßen wohnten. Die ganze Zeit über bestand die Sorge, die Deiche könnten in größerem Ausmaße brechen und eine noch schlimmere Katastrophe herbeiführen. Vorsichtshalber wurden hierfür Sandsäcke bereitgehalten. Die Herausforderung bestand aber nicht nur aus den Wassermassen und den überschwemmten Kellern. Der Verkehr brach zusammen und die Uetersener Eisenbahn stellte ihren Verkehr ein. Der Strom fiel aus. Zumindest an entscheidenden Stellen, wie etwa dem Krankenhaus, musste dies kompensiert werden. Die am Fliegerhorst stationierte Bundeswehr hatte ein eigenes Aggregat und konnte hier aushelfen. Den Apotheken gingen durch gefluteten Keller viele Medikamente verloren. Viele Tiere ertranken in den Fluten. An einer Stelle sorgte eine Anhäufung von zwanzig verendeten Schweinen für eine akute Seuchengefahr. Wäre es nicht gelungen, diesen potentiellen Seuchenherd zu beseitigen, hätte die Flutkatastrophe noch ganz andere Folgen haben können. Beinahe wäre

auch der Informationsfluss versiegt. Der Keller der Uetersener Nachrichten lief voll Wasser und musste schnell leergepumpt werden, damit die Zeitungen wieder gedruckt werden konnten. Es hatte also seine Gründe, dass das Rathaus kurz nach der Katastrophe verlauten ließ, der „vergangene Freitag“ werde „als sog. schwarzer Freitag in die Geschichte eingehen“.[18]

Die Auswirkungen der Flut wären nicht zu bewältigen gewesen, hätte es nicht die zahlreichen Einsatzkräfte gegeben. „Es waren 12, 13 Stunden, manchmal 14 Stunden am Tag“, berichtete der damalige Wehrführer Cord Carstens wenige Tage später in der Zeitung. „Oft wußten wir gar nicht mehr, ob wir nun Sonntag hatten oder Montag.“ Carstens‘ Frau versetzte die Situation ebenso „in Angst und Schrecken“. Besonders beunruhigte sie, nicht zu wissen, wo ihr Mann gerade eingesetzt war. „Und war er zwischendurch wirklich mal für ein paar Minuten im Hause, dann ging das Telefon und er mußte wieder weg, wieder in den nächsten Einsatz.“ Auch anderen Beteiligten erging es so. Der Stadtbaumeister Walter Schulz berichtete über den unermüdlichen Einsatz, den etwa die Mitarbeiter vom Stadtbauamt oder der Müllabfuhr in den Tagen geleistet hätten. Erst nach Tagen hätte es wieder Entwarnung und somit eine Verschnaufpause für die städtischen Angestellten gegeben. Zu diesen städtischen Mitarbeitern gehörte auch der Vorarbeiter Adolf Wilker, der während der entscheidenden Tage mehrere Zwölf-Stunden-Schichten erlebt hat. „Mit 12, später mit 14 Männern war Adolf Wilker dann tagelang unterwegs, um Hausrat zu sichern, einen neuen Müllabladeplatz am Pracherdamm einzurichten (der alte Platz am Stichhafen war ‚abgesoffen‘), totes Vieh zu bergen und zur Abdeckerei nach Itzehoe zu fahren“. Ebenso gelobt wurde die Leistung der Soldaten des Fliegerhorstes, die auf ihren Wochenend- und Nachturlaub verzichteten, sowie der Pfadfinder, die zumeist am direkt am Deich eingesetzt waren.[19]

Die Straße Großer Sand in Uetersen am 17. Februar 1962 (Stadtarchiv Uetersen, Foto-Sammlung Ehrenfried Stoffer, 2008-23, 3375)

Insgesamt wurde der Schaden der Flut von 1962 auf 7,3 Millionen Mark beziffert. Kurzzeitig war in Uetersen ein See entstanden, der sich von den Gleisen der Uetersener Eisenbahn zur Klosterkirche und zum Pinnaudeich auf etwa 100 Hektar erstreckt haben soll. Den Wasserbestand der Hamburger Außenalster habe man nur um etwa 200 Kubikmeter verfehlt, hieß es in der Zeitung. So war es kein Wunder, dass insbesondere die Kinder auf ganz andere Ideen kamen. „Wenn es doch bloß frieren würde, dann hätten wir eine schöne Eisbahn." Teilweise sollten die Betroffenen nun auch Nothilfen von außen erhalten. Für alle anderen wurde zum Spenden aufgerufen.[20]
Nur wenige Tage nach der Katastrophe wurden deren Folgen und Auswirkungen medial diskutiert. „Was nützt uns die ganze moderne Technik, wenn sie nicht intakt ist?" Der großflächige Ausfall von Strom und Gas brachte viele Problematiken für den Alltag mit sich, und das noch tagelang nach Abflauen der Flut. Glück gehabt hätten nur diejenigen, die noch über einen Kohleherd verfügten. „Spirituskocher waren am Montagmorgen in ganz Uetersen ausverkauft." Was sollten die Bürger also machen, wenn der Strom noch länger ausfiele. Es wurde angeregt, diese Frage für künftige Katastrophenszenarien dringend zu diskutieren.[21]
Gewarnt wurde in den Tagen nach der Katastrophe auch vor dem Konsum von Obst und Gemüse, welches bei der Flut überspült worden ist. Da die Pinnau durch Abwässer verschmutzt war, stand nun zu befürchten, dass das Gemüse in überfluteten Speisekammern und Vorratskellern verseucht sein könnte. „Es wäre bedauerlich", so wurde in der Zeitung geschrieben, „wenn es jetzt in unserer Stadt – die von Verletzten und Toten glücklicherweise verschont blieb – Kranke geben würde, die nur deshalb zu nachträglichen Opfern der Katastrophe werden, weil sie unvorsichtig waren. Es ist besser, einen Sack Kartoffeln aufzugeben, als die Gesundheit zu riskieren." Es seien zwar noch keine Erkrankungen bekannt und es bestehe auch kein Grund zur Panik, „nur ein vorbeugender Hinweis soll hiermit gegeben werden."[22] Am selben Tag wurde aber auch vermeldet, dass das „Uetersener Trinkwasser (…) einwandfrei" sein. „Fachkräfte der Nordmark-Werke machen täglich Stichproben, um zu erfahren, ob es doch nötig ist, geringe Chlorsätze dem Trinkwasser beizufügen."[23]

Die Wachsamkeit der Uetersener Bevölkerung dem Wasser gegenüber war aus guten Gründen seit jeher gegeben. So lässt sich schon auf einer Urkunde aus dem Jahre 1406, in der es um eine Koppel ging, welche das Kloster Uetersen für zehn Jahre vom Grafen Adolf zu Holstein, Stormarn und Schauenburg pachten wollte, ein entsprechender Hinweis finden: „Wenn das Land in Wassernot vergeht und sie die Koppel nicht nutzen können, brauchen sie die Heuer nicht geben."[24] Der Fall einer Flut wurde also bereits mit einkalkuliert. Der Stadt-

chronist Bubbe äußerte sich in Bezug darauf, dass die Stadt bis in 1930er Jahren mehrere Jahrzehnte von großen Fluten verschont geblieben war: „Doch der ‚blanke Hans' lauert noch immer mit geballter Faust in seiner Meerburg und brütet Unheil; er haßt das Land und das Menschengeschlecht, das darauf haust. Wird er's nicht einst doch packen? Die Frage zu beantworten, wäre frevelhaft. Wir alle stehen in Gottes Hand. Im Vertrauen darauf schaffen wir fröhlich weiter."[25] Beispiele wie diese und der Artikel mit der Überschrift „Ewiger Kampf mit den Sturmfluten", auf den oben Bezug genommen wurde, zeigen, dass das Thema lange Zeit eine sehr große Bedeutung für Uetersen hatte.

So war man auch in den Jahren nach der Jahrhundertflut von 1962 sehr sensibel, was eine potentielle neue Flut betraf. „Eine ähnliche Katastrophe wie im Februar 1962 drohte über uns hereinzubrechen", hieß es beispielsweise im Januar 1968 in der Zeitung, als ein Anstieg von 3,5 Meter über Normal prognostiziert wurde. Die Katastrophe blieb aus. Passenderweise lautete die Überschrift aber: „Noch einmal Glück gehabt".[26] Um die Stadt dauerhafter vor den schweren Folgen des Wassers zu schützen, wurde an der Mündung der Pinnau bis 1969 das Pinnausperrwerk errichtet.

Das Pinnausperrwerk scheint seine Wirkung entfaltet zu haben. Die beiden Fluten im Januar 1976, die eine in Folge des Capella-Orkans und die andere die sogenannte Zweite Januarflut, brachten zwar nochmal sehr hohe Wasserstände in der Haseldorfer Marsch mit sich, doch durch die Schutzmaßnahmen blieben ganz große Schäden in Uetersen selbst aus.

Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass die Gefahr verschwunden ist, ganz im Gegenteil. Gerade im Zuge des Klimawandels erwarten Experten neue und extremere Wetter- und Naturereignisse. „Weil im Zuge des Klimawandels", wie es in einem Artikel der Welt aus dem Jahr 2019 heißt, „der Meeresspiegel steigt, werden auch an der Elbe für die kommenden Jahrzehnte höhere Sturmfluten erwartet. Um denen standzuhalten, müssen viele Deiche an der Unterelbe erhöht werden." Gut 35 Jahre würde es dauern, bis die Arbeiten abgeschlossen sind. Allein 220 Millionen Euro könnten die Deicherhöhungen kosten, nochmal 200 Millionen kämen für die Erhöhung der Sperrwerke an den Nebenflüssen hinzu.[27]

Die Gefahr von höheren Sturmfluten an der Unterelbe betrifft auch Uetersen. Wenn eine neue Supersturmflut die Deiche der Unterelbe sowie das Sperrwerk an der Pinnau überwinden würde, dann müsste auch die Rosenstadt mit neuen Überschwemmungen rechnen. Um allgemein auf den Klimaschutz hinzuweisen, veranstaltete der Kreis Pinneberg in jüngerer Zeit die „Kreis-Umwelt-Tage". Die Tage haben jeweils thematische Schwerpunkte und sollen alle Generationen ansprechen.[28]

Bezogen auf die Sturmfluten hat der Kreis Pinneberg im Jahr 2008 unter Beteiligung von Hilfsorganisationen, Behörden und der zuständigen Leitstelle seinen Sonderplan Deichverteidigung überarbeitet. Dieser ist Teil der Katastrophenschutzplanungen des Kreises. Hinzu gekommen ist ein neu eingerichteter Sonderstab Evakuierung, der sich Gedanken über eine mögliche Evakuierung im Ernstfall macht. Kritisch schätze man die Verkehrssituation ein, sollten im Ernstfall viele mit dem eigenen Auto fliehen. Daher wurden Kfz-Fluchtrouten festgelegt. Einige Bushaltestellen in der Marschregion sind seitdem mit speziellen Schildern ausgestattet, die sie im Katastrophenfall als Sammelpunkte ausweisen. Die Linienbusse der Kreisverkehrsgesellschaft würden dann zur Evakuierung genutzt.[29]

Die kurze Geschichte der Sturmfluten in Uetersen zeigt, dass die Auswirkungen häufig viel größer sein können als nur der Wasserstand und zahlreiche Schäden durch die Feuchtigkeit. Die Wasserschäden bringen die Gefahr von Seuchen mit sich, ganze Landstriche können zerstört und Menschen zur Umsiedlung genötigt sein. Die Menschen sind gezwungen, darauf zu reagieren. Die städtische Bebauung muss der Gefahr angepasst und Schutzmaßnahmen wie etwa Deiche und Sperrwerke errichtet werden. Aber auch die Bevölkerung musste lange mit der ständigen Angst einer Flut leben. Die Stadt Uetersen war in ihrer Geschichte häufig mit den Fluten konfrontiert. Die Beispiele der Burgen und der Klosterbebauung zeigen, dass die Überflutungsgefahr so allgegenwärtig war, dass man über Jahrhunderte immer wieder darauf reagierte, etwa durch die Verlegung von Gebäuden oder die Erhöhung des Bodenniveaus.
Dass die Flut von 1962 Uetersen unvorbereitet traf, hatte auch damit zu tun, dass die Stadt vorher längere Zeit von solchen Katastrophen verschont geblieben war und sich in falscher Sicherheit wiegte. Genau diese falsche Sicherheit könnte auch im 21. Jahrhundert wieder entstehen. Die Flut von damals ist gut sechzig Jahre her. Von ähnlichen Schäden ist die Stadt seither größtenteils verschont geblieben. Der Grund dafür sind die verbesserten Schutzmaßnahmen wie Sperrwerke und Deichbau, aber auch entsprechende Notfallpläne. Die Vorbereitung auf eine solche Katastrophe darf trotz des zeitlichen Abstands auch heutzutage nicht aus den Augen verloren werden. Nur so lassen sich ähnliche Ereignisse in der Zukunft abmildern oder verhindern.

Anmerkungen

1 Ewiger Kampf mit den Sturmfluten, in: Uetersener Nachrichten (UeNa) vom 25.09.1970.

2 Verena Winiwarter/Martin Knoll: Umweltgeschichte, Köln 2007, S. 14 f.
3 Vgl. z.B. Hans-Herbert Henningsen: Mittelalterliche Sturmfluten im Kloster Uetersen, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1999, S. 149-164.
4 Erwin Freytag: Burgen und Kloster in Uetersen während des Mittelalters, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1970, S. 23-43, hier S. 24.
5 Henningsen: Sturmfluten (wie Anm. 3), S. 157.
6 Doris Meyn: Die beiden Burgen von Uetersen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 93 (1968), S. 17-48.
7 Hans-Herbert Henningsen: Archäologische Aspekte im Kloster Uetersen, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 2010, S. 167-210, hier S. 199.
8 Henningsen: Sturmfluten (wie Anm. 3), S. 157-161.
9 Ewiger Kampf mit den Sturmfluten, in: UeNa vom 25.09.1970.
10 Hans Ferdinand Bubbe: Versuch einer Chronik der Stadt und des Klosters Uetersen (Band 1, Teil III), Uetersen 1933, S. 262 f.
11 Henningsen: Aspekte (wie Anm. 7), S. 178 f.
12 Johann Friedrich Camerer: Vermischte historisch-politische Nachrichten in Briefen von einigen merkwürdigen Gegenden der Herzogtümer Schleßwig und Hollstein, ihrer natürlichen Geschichte und anderen seltenen Alterthümern, Flensburg/Leipzig 1762, S. 296 f.
13 Henningsen: Sturmfluten (wie Anm. 3), S. 162.
14 Bubbe: Chronik (Band 1, Teil III) (wie Anm. 10), S. 265.
15 Rost zitiert nach ebd., S. 265 f.
16 Ebd. S. 266.
17 Pinnau kletterte 2 Meter über Normal, in: UeNa vom 14.02.1962.
18 Uetersen war völlig auf sich gestellt, in: UeNa vom 19.02.1962.
19 Sie waren dabei, als die Flut kam, in: UeNa vom 20.02.1962.
20 Fast so groß wie die Außenalster, in: UeNa vom 23.02.1962.
21 Kein Spirituskocher in ganz Uetersen, in: UeNa vom 20.02.1962.
22 „Mal probieren“ ist sehr gefährlich, in: UeNa vom 22.02.1962.
23 Trinkwasser ist einwandfrei, in: UeNa vom 22.02.1962.
24 Zit. n. Meyn: Burgen (wie Anm. 6), S. 27 f.
25 Bubbe: Chronik (Band 1, Teil III) (wie Anm. 10), S. 266.
26 Noch einmal Glück gehabt, in: UeNa vom 16.01.1968.
27 Klimawandel macht höhere Deiche an der Unterelbe nötig, in: Die Welt vom 29.08.2019, online: https://www.welt.de/regionales/niedersachsen/article199333600/Klimawandel-macht-hoehere-Deiche-an-der-Unterelbe-noetig.html (28.12.2021).
28 https://klimaschutz.kreis-pinneberg.de/Mitmachen/Kreis_Umwelt_Tage.html (28.12.2021).
29 https://www.kreis-pinneberg.de/-p-3579.html (28.12.2021).

Das Schlossarchiv Glücksburg

Von Claudius Loose

Das Schloss Glücksburg zählt zu den bedeutendsten Schlossanlagen Nordeuropas. Errichtet in den Jahren 1582 bis 1587 von Herzog Johann dem Jüngeren von Schleswig-Holstein-Sonderburg, hat es einen Bekanntheitsgrad erlangt, der weit über die Grenzen Norddeutschlands hinausreicht. Trotz dieser Popularität dürften wiederum die Wenigsten darüber Kenntnis haben, dass sich im Schloss ein hauseigenes Archiv befindet, dessen vorrangige Aufgabe es ist, die Überlieferung des Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und des Schlosses Glücksburg zu bewahren.
Das Schlossarchiv ist ein schleswig-holsteinisches Adelsarchiv mit Archivalien, die sich u.a. aus Schriftgut, Karten, Fotografien, Lithografien etc. zusammensetzen. Zur schriftlichen Überlieferung gehören zurzeit rund 900 Akten. Zu der Menge der verschiedenen Bilddokumente (inklusive der Karten) liegen im Moment noch keine verlässlichen Zahlen vor, jedoch ist von einer Größenordnung im vierstelligen Bereich auszugehen.
Die Bestände verkörpern im Wesentlichen ein Sammelsurium unterschiedlichster Art der Glücksburger Herzöge und ihrer Familien. Von persönlichen Aufzeichnungen über Verwaltungsschriftgut bis hin zu Mitbringseln von internationalen Reisen deckt das Archiv eine große Bandbreite ab. Im Rahmen dessen ist es v.a. auf die jüngere Glücksburger Herzogslinie ausgerichtet, da nach dem Aussterben des älteren Glücksburger Hauses (1779) die Überlieferung jener älteren Linie nach Kopenhagen verbracht wurde und bis heute zum dänischen Reichsarchiv gehört. Die Archivalien des Schlossarchivs setzten zeitlich hauptsächlich im späten 18. und 19. Jahrhundert und damit passend zur Begründung der jüngeren Glücksburger Linie (1825) ein. Ebenso sind Unterlagen zur Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Beck im Schlossarchiv vertreten, da das jüngere Glücksburger Haus aus der Beck´schen Linie hervorging und Beck´sche Überlieferung im Rahmen dessen ihren Weg ins Schloss fand.

Archivalien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Das Schlossarchiv weist eine signifikante Menge an Archivalien/Beständen auf, die sich für eine wirtschafts- bzw. sozialgeschichtliche Forschung nutzbar machen lassen. Es sei im Folgenden je ein Beispiel vorgestellt.
Die drei Journale des Glücksburger Schlosskastellans Carl August Speerschneider[1] sind zunächst wirtschaftshistorisch interessant. Speerschneider lebte von 1809 bis 1881. Er kam unter dem dänischen König Friedrich VII. 1854 auf das Schloss. Für Letzteren war das Schloss von 1854 bis 1863 Sommerresidenz. In

seiner Rolle als Schlossverwalter hat Speerschneider ca. 17 Jahre lang – bis er 1871 in Pension ging – Buch geführt. Betitelt sind die drei daraus entstandenen Journale als „Journal des König.[lichen] Schloss Castellans zu Glücksburg“. Insgesamt sind darin 2553 Einträge vorhanden. Diese Eintragungen variieren in ihrer Länge – mal nur wenige Zeilen, mal fast eine ganz Seite ausfüllend. Speerschneider berichtet offenbar über alles, was es wert war, niedergeschrieben zu werden: ob Rechnungen, Inventarsachen, Instandsetzungen, Verfügungen, Politisches, Militärisches usw. Solange etwas das Schloss betraf, konnte es verzeichnet werden.

So hält Speerschneider beispielsweise fest, wie viel es kosten konnte, das Schloss und seine Außenanlagen zu reinigen. Er notiert im Jahr 1864: „Glücksburg d[en] 20 Jan[uar] die Rechnung für das Reinhalten des Schloß […] 3 und 4 Q[uartal] 1863 = 23 Kurant 12 Schilling.“ Entsprechende Arbeiten für die Außenanlagen im vierten Quartal 1863 schlugen mit „28 Kurant 15 ½ Schilling“ zu Buche. Futter für im Schlossgebiet gehaltenen Schwäne (vermutlich Trauerschwäne) kostete „2 Reichsthaler 1 Kurant 8 Schilling“. Der Antrag auf Brennholz wurde ebenso dokumentiert: „An d[ie] oberste Civilbehörde den 11 Oct[ober] beantragte den Ankauf von 6 Faden Brennholz für den Winter 1864/65 […] mit 135 Kurant.“[2]

Nie wieder wurde so gewissenhaft, so lang und in durchgängiger Form eine ähnliche Sammlung zu Rechnungen, Geschehnissen, Vorgängen, Verordnungen etc. rund um das Schloss, aus der auch so viele wirtschaftshistorische Aspekte entnommen werden können, geführt. Bis jetzt griff lediglich Carl-Heinrich Seebach in nur kurzer Form auf die Aufzeichnungen Speerschneiders zurück.

Für eine sozialgeschichtliche Forschung sei einer der markantesten Bestände des Schlossarchivs vorgestellt. Es handelt sich um äußerst umfangreiche Korrespondenz, die von der letzten deutschen Kaiserin, Auguste Viktoria, an ihre Schwester Caroline Mathilde, Herzogin von Glücksburg, gerichtet ist. Beide Frauen stammten aus dem Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und waren durch Heirat deutsche Kaiserin bzw. Herzogin von Glücksburg geworden. Abgesehen davon, dass die Kaiserin und ihr Gatte Wilhelm II. des Öfteren Schloss Glücksburg besuchten, ist auch ein umfangreicher Briefverkehr zwischen den beiden Frauen vorhanden gewesen. Im Schlossarchiv lagern rund 2.000 Briefe[3] – eine genaue Zahl ist zurzeit nicht vorhanden –, die allesamt von Auguste Viktoria an Caroline Mathilde gerichtet sind. Die Korrespondenz datiert sich von 1881 bis 1920. Teilweise sind Briefe verloren gegangen. Die Häufigkeit des brieflichen Austausches variiert. In den ersten Jahren wurde nahezu täglich miteinander korrespondiert.

Politische Ereignisse sind fast nie Thema in den Schreiben. Unter anderen Ge-

sichtspunkten der Forschung, wie sozialgeschichtlichen, ist die Korrespondenz jedoch eine äußerst ergiebige Quelle. In den vier Jahrzehnten einer fast durchgängigen Brieffolge berichtet Auguste Viktoria über Persönliches jedweder Art. Die Sprache des brieflichen Austausches ist ohne jedes Pathos, ganz privat eben, die Anrede, wie Auguste Viktoria ihre Schwester Caroline Mathilde anspricht, ist oft die gleiche: „Liebes Kindchen“ oder „Liebes Calmchen“. In den Briefen nehmen die Berichte von Veranstaltungen, den Mittag- und Abendessen, Frühstücken, Opernbällen, Ordensfesten usw. einen großen Raum ein. Sie enthalten eine detaillierte Beschreibung des Lebens am Deutschen Kaiserhof in den entsprechenden Jahren und bieten teils äußerst private Einblicke.
Einen ebenfalls großen Platz haben in den Schreiben die Berichte über Mode, Schleppen, Hüte und Kleiderordnungen. Die Kaiserin hat ein sehr großes Interesse und viel Freude an eleganten Toiletten und Hüten, sie legt den Briefen mitunter kleine Zeichnungen von Kleidern, Gruppierungen der Falten usw. bei. So schreibt Auguste Viktoria im Dezember 1899 bspw.: „Die Frau v.W. ist ganz entzückt von Deiner bl.[auen] Schleppe und meint, sie kann sie ein ganzes Stück verbreitern […] die rosa Schleppe würde ich so lassen, ich finde sie in sich noch sehr gut, auch im Stoff […].“[4] Das Verhältnis der beiden Schwestern stellt sich immer wieder als ein besonders enges und herzliches heraus. Jedoch geht aus den Briefen auch ein Konflikt zwischen beiden hervor, als Caroline Mathilde der Mode folgend mit ihrem Mann Friedrich Ferdinand Rad fuhr. Auguste Viktoria schreibt: „Aber ich könnte heulen […]. Was würde Papa sagen, von 4 seiner Töchter 3 auf dem Rad! […] das erste ernste Zerwürfnis zwischen uns Schwestern in all den Jahren.“[5]
Die Briefe wurden bis heute kaum untersucht, es gibt keine Regesten und sie wurden anscheinend noch nie als Quelle herangezogen.
Auch dieser mangelnde Grad der Erforschung verdeutlich ein zentrales Problem des Schlossarchivs: Bisher und gegenwärtig konnten und können nur wenig Interessierte angelockt werden, mit der unliebsamen Folge, dass Archivalien, die großes inhaltliches Potential aufweisen und unbedingt einer Erforschung bedürfen, unberührt bleiben. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser missliche Zustand in Zukunft zum Besseren wenden wird.

Anmerkungen

1 Schlossarchiv Glücksburg 15/1 und 15/2.
2 Für alle Zitate: Ebd. 15/2.
3 Ebd. 23a/1 bis 23a/39.
4 Ebd. 23a/2.
5 Ebd. 23a/1.

Entwicklung der Schleswig-Holsteiner Bahnhofsmission Teil I: Anfänge im Kaiserreich

Von Jann-Thorge Thöming

Inmitten von Industrialisierung, Urbanisierung und erhöhter Landflucht ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es vor allem christliche Initiativen, die sich um fürsorgerische Auffangmechanismen bemühten. Die Bahnhöfe wurden zu Knotenpunkten sozialer und räumlicher Mobilität, an denen auch Kriminelle und Zuhälter auf Ankommende aus ruralen Gebieten warteten. In diesen Kontext hinein gründeten sich in den 1890er Jahren die Bahnhofsmissionen. Verstrebt war ihr Angebot mit bereits vorhandenen Strukturen der Mädchenfürsorge – 1843 war in Berlin als Zweigstelle des 1836 gegründeten Kaiserswerther Diakonissenhauses eine Hilfsstation für geschlechtskranke Frauen gegründet worden, 1853 kam im Nordosten Berlins das Marthaheim als Mägdebildungsstätte hinzu. Erste Schritte an die Bahnhöfe unternahmen die hier tätigen Diakonissen in den 1860er Jahren. Im Kaiserreich, so auch in Schleswig-Holstein, waren die ersten Trägervereine der Bahnhofsmissionen zunächst der 1877 in Genf gegründete *Verein der Freundinnen junger Mädchen* sowie der 1890 in Berlin gegründete *Verein zur Fürsorge für die weibliche Jugend*. Letzterer war von Pastor Johannes Burckhardt etabliert worden, dessen engagiertes Auftreten die Gründung der ersten Bahnhofmission zum 1. Oktober 1894 am Schlesischen Bahnhof nach sich gezogen hatte.[1] Im Januar 1896 wurde in Kiel der dortige Ableger des Vereins der Freundinnen junger Mädchen registergerichtlich eingetragen.[2]

Nach anfänglichen Reserviertheiten der „Freundinnen“ gegenüber neu hinzukommenden Initiativen auf dem Gebiet der Bahnhofsfürsorge kam es doch relativ zügig zur schrittweisen Erhöhung personeller und organisatorischer Schnittmengen bei den involvierten Gruppierungen. 1910 wurde die erste ökumenische Arbeitsplattform, die „Interkonfessionelle Kommission für Bahnhofsmission“ gegründet, aus der 1934 die Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmission hervorging, die 2019, zum 125-jährigen Jubiläum der Bahnhofsmission, in der Bahnhofsmission Deutschland e.V. aufging.

Das wilhelminische Reich wurde von einer Gründungswelle von Bahnhofsmissionen erfasst. Die Arbeit der Mädchenfürsorge fand unter der Ägide der kaiserlichen Familie statt – Kaiserin Auguste Victoria (1858–1921) war Vorsitzende des 1882 gegründeten deutschen Nationalbüros der Freundinnen junger Mädchen. Nachdem in Hamburg durch die dortige Stadtmission 1895 eine Station gegründet worden war, entstand in Schleswig-Holstein die erste Bahnhofsmission im Kontext der lokalen Vereinsarbeit der Freundinnen junger Mädchen

im Jahr 1897 in Kiel. Hier war Henriette von Schleswig-Holstein (1833–1917), Tante der Kaiserin und Gattin des europaweit bekannten Arztes und Chirurgen Friedrich von Esmarch (1823–1908), die Schirmherrin der Bestrebungen zum Mädchenschutz.

1908 folgte die Gründung der Bahnhofsmission Lübeck auf Betreiben des Vereins zur Fürsorge für die weibliche Jugend, als dort der neue Personenbahnhof an seinen heutigen Standort, weg von der Wallhalbinsel beim Stadttor hinter den Stadtgraben bei St. Lorenz, verlegt und eingeweiht worden war.[3] Dort aber, wo wie in Kiel die Freundinnen junger Mädchen aktiv waren, wurde zumeist eine sogenannte „Heimath“ als Vereinssitz gegründet – als Anlaufstelle für junge Frauen und organisatorisches Zentrum. Kiel war eine von 13 deutschen Städten, in denen bis 1900 eine solche „Heimath“ entstanden war. Bereits am 3. Dezember 1893 hatte hier Henriette von Schleswig-Holstein erste Räumlichkeiten in der Fleethörn 43/46 zusammen mit anderen adeligen und bürgerlichen Damen eingeweiht.[4]

Abb 1: Die Gründerin der Kieler Bahnhofsmission und des Schleswig-Holsteinischen Landesverbandes Dorothea Brede (1876-1958) umringt von betreuten jungen Frauen. Foto um 1910, StA Kiel, Acc. 3277, Nr. 3.

Die Initiative zur Gründung der Kieler Bahnhofsmission ergriff 1897 die 21-jährige Volksschullehrerin Dorothea Brede (1876–1958). Zunächst existierte die Station nicht im Bahnhof, sondern in der nahegelegenen Friedrichsstraße, heutige Herzog-Friedrich-Str., Hausnr. 26.[5] Die Arbeitsweise der frühen Kieler Bahnhofsmission unterschied sich von jener in den Metropolen, allen voran Berlin, wo laut Statistik des Jahres 1894 allein 50.000 junge Mädchen aus ländlichen Gebieten eingereist waren.[6] Die Bahnhofsmissionen waren im Grunde eine Perspektiverweiterung der Freundinnenarbeit gewesen, die sich zunächst an besser gestellte bürgerliche Mädchen gerichtet hatte und diesen eine erste Orientierungshilfe und Stellenvermittlung anbot. Im Gegensatz dazu wollte die Bahnhofsmission, so proaktiv es im Kontext der schwer überblickbaren Ankunftsszenen an den belebten Bahnhöfen ging, so viele unbedarfte Mädchen wie möglich vor den dort auf sie wartenden Zuhältern bewahren.

Die Herangehensweise der Kieler Bahnhofsmission, die zumal ein direkter Spross des Vereins der Freundinnen junger Mädchen war, orientierte sich wohl eher an ebendiesen zurückhaltenderen Anfangsprämissen. Auch wartete Kiel mit anderen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf als Berlin oder Hamburg, was eine solch resolute Hilfe nicht in derlei Ausmaßen erfordert haben mag – 1890 zählte Kiel 70.000 Einwohner, Berlin hingegen 1.5 Millionen! Laut Jahresbericht des Kieler Freundinnenvereins von 1901 umfasste ihre „Heimath“ „das Stellenvermittelungsbureau mit Wartezimmer, zwei Hospizzimmer für durchreisende Damen, Zimmer für durchreisende und Stellung suchende junge Mädchen, Zimmer für Pensionärinnen, ein allgemeines Wohnzimmer, eine Eßstube, Privatzimmer der Leiterinnen der Heimath und des Stellenvermittelungsbureaus, Haushaltungsräume.”[7] Im Jahr 1903 wurden 1.277 stellungssuchende junge Damen von den Freundinnen betreut, wovon 342 vermittelt werden konnten.[8]

Henriette von Schleswig-Holstein setzte sich im Namen des Vorstands der Freundinnen beim Kieler Stadtmagistrat für den Erhalt eines Bauplatzes ein, und im Januar 1904 konnte schließlich das „Henriettenhaus“ in der Körnerstraße 3 als neue „Heimath“ eingeweiht werden.[9] Neben Unterkunft und Stellenvermittlung gab es hier ein kultiviertes Freizeitangebot: Es wurde Klavier gespielt und gesungen, bei Gitarrenmusik im Reigen getanzt, Theater gespielt, gelesen. Zunehmender Beliebtheit erfreuten sich die Unterhaltungsabende, die jeden Sonntag von 18.30–21.30 Uhr stattfanden.[10]

Abb 2: Der Speisesaal des Henriettenhauses, ebd.

Finanziell möglich wurde die hiesige Arbeit im Bereich des Mädchenschutzes und der Bahnhofsmission einerseits durch direkte Spenden der Hohenzollern, aber auch durch die Unterstützung der Kieler *Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde*, deren Zuwendung im Jahr 1901 2.500 M betrug. Hinzu kam die engagierte und generöse Haltung des Kieler Bürgertums, was sich in beachtlichen Mitgliederzahlen gemeinnütziger Gruppierungen wie dem Verein der Freundinnen junger Mädchen, aber auch durch hohe Spendenbereitschaft zeigte. Dies verweist auf das gesellschaftliche Gepräge des ausgehenden 19. Jahrhunderts und den damit verbundenen bürgerlichen Gestaltungwillen, der sich

unter der dänischen Krone im Zeichen der Aufklärung hatte entfalten können und die Gründung verschiedenster patriotischer Vereine auf lokaler Ebene befördert hatte. Geführt hatte dies zu einer staatsnahen Solidarität der Regierten mit den Regierenden – einem ideellen Schulterschluss, der das Zusammenkommen von Bürgertum und Adel, wie im Freundinnenverein, ebnete. Dieses gemeinsame soziale Engagement trotz strenger Gesellschaftshierarchien war in der ambivalenten wilhelminischen Zeit jedoch weniger von der Anpassung an feudale Stereotypen seitens des Bürgertums als durch reziproke Austauschprozesse gekennzeichnet. Ein staatsuntertäniger Duktus, der sich im täglichen Miteinander, der devoten Ansprache gegenüber Behörden, im vorliegenden Vereinskontext aber auch in der Präsentation nationaler Unitätssymbole wie der Reichsflagge zeigte, blieb dabei allerdings prävalent.[11]

Abb. 3: Zum Freizeitangebot des Kieler Ortsvereins der Freundinnen junger Mädchen zählte u.a. Singen, Tanzen und Darstellendes Spiel, ebd.

Für die noch weitestgehend vom politischen und öffentlichen Leben ausgeschlossenen Frauen der Unter- und Mittelschicht, die sich in den christlichen Fürsorgevereinen und Bahnhofsmissionen ehrenamtlich engagierten, bot sich hier zudem die Möglichkeit zur Herausbildung eines eigenen, femininen politischen Bewusstseins.[12]

Neben den verifizierten Gründungen von Bahnhofsmissionen in Hamburg, Kiel und Lübeck gab es hierzulande vor dem Ersten Weltkrieg mithin ein durch besagte Trägervereine und weitere lokale Initiativen gestütztes Netzwerk im Bereich des Mädchenschutzes. Hierauf verweist ein im Schleswiger Landesarchiv gefundener Hinweiszettel aus dem Jahr 1906, der in Gesindebücher gelegt wurde und zusätzliche Anlaufstellen für schutz- und ratsuchende Mädchen in Altona, Flensburg, Itzehoe und Neumünster nennt.[13]

Indes ergab sich eine erste geschlechterspezifische Erweiterung der Bahnhofsmission im Zuge der Etablierung eines bahnhofsorientierten Hilfsdienstes für junge Männer. Die 1897 gegründete und unter der organisatorischen Klammer der Bahnhofmission arbeitende *Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend* hatte 1908 neben Berlin Dependancen in 35 anderen Städten, darunter auch in Kiel, Lübeck, Neumünster und Wandsbek ins Leben

gerufen. Jungen Männern aller sozialen Schichten sollte hierbei durch persönliche Ansprache im Bahnhofsumfeld oder durch Hausbesuche ein christlicher Lebenswandel nahegelegt werden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins wurden Flugblätter verteilt und Presseartikel lanciert. Aus der engen Kooperation mit staatlichen Organen und der Betreuung junger Straffälliger entwickelten sich im Kontext der Vereinsarbeit erste Strukturen der Jugendgerichtshilfe. An die Aktivitäten der Gesellschaft knüpften in den 1920er Jahren Jungmännerverbände und andere männliche Bahnhofsdienste an. Diese kooperierten zusehends enger mit den Bahnhofsmissionen, was die Basis für die heutzutage selbstverständlich durchmischten Teams der Bahnhofsmissionen herstellte.[14]

Abb 4: Junge Damen im Henriettenhaus beim Lesen, Sticken und Klavierspielen, ebd.

Wesentliche Entwicklungsschübe hinsichtlich des Aufgabenspektrums, aber auch was das Organisationsgefüge anbelangte, sollte die Bahnhofsmission fürderhin im Ersten Weltkrieg sowie im Kontext der Weimarer Republik erfahren – 1917 beauftragte die Bundesebene der Bahnhofsmission Dorothea Brede mit dem Aufbau und der Koordination regionalverbandlicher Strukturen in Schleswig-Holstein. Die sich immer weiter verstetigende Angebotsauffächerung der Bahnhofmissionen folgte indes Kontinuitätslinien: Auf dem Europäischen Kongress der Bahnhofsmissionen im Jahr 1910 in Bern war festgestellt worden, dass die offensiven Handlungsweisen der am Mädchenhandel beteiligten Akteure in den deutschen Städten stark zurückgegangen waren, was als Erfolg der Bahnhofmission bewertet wurde. Die nun verdeckter durchgeführten kriminellen Machenschaften hatten sich indes mehr auf die Provinzstädte verlagert. Insgesamt gab es 1910 107 Bahnhofsmissionen, wovon allerdings etwa drei Viertel sich auf Abholdienste nach vorheriger Anmeldung beschränkten.[15] Als nun die sukzessive Ausdehnung der Bahnhofsmissionen auf viele kleinere Orte erfolgte, hatte sich bereits die Veränderung des Angebotsspektrums angedeutet: die übergreifende Entwicklung der Hilfsinstitution hin zur heutigen generalistischen, niederschwelligen und weitervermittelnden Ersthilfestätte für Reisende und Bedürftige.[16]

Anmerkungen

1 Vertiefend zum generellen Gründungskontext der Bahnhofsmission: Bruno W. Nikles: Soziale Hilfe am Bahnhof. Zur Geschichte der Bahnhofsmission in Deutschland (1894–1960), Freiburg im Breisgau 1994, S. 17-49, sowie ders.: Bahnhofsmission und Bahnhofsdienste in Deutschland. Ein historischer Abriss ihrer Aufgaben- und Organisationsentwicklung, Opladen u.a. 2019, S. 13-16.

2 Gesuch des Kieler Ortsverbands der Freundinnen junger Mädchen, eingetragener Verein, um Gewährung eines Bauplatzes, Magistrat der Stadt Kiel, Eing. 9. Oktober 1902, Kieler Stadtarchiv (StA Kiel), Nr. 23153, Magistrat Kiel, Verkauf eines Bauplatzes an den Verein der Freundinnen junger Mädchen aus Block D des Schreventeichgeländes (Henriettenhaus).

3 Der Nachweis der Gründung der Lübecker Station ergibt sich aus dem zeitgenössischen Adressbucheintrag, wonach der „Verein für Bahnhofsmission", firmierend als Untergruppe des Vereins zur Fürsorge für die weibliche Jugend zu Lübeck, seine Tätigkeit „mit Eröffnung des neuen Bahnhofs" aufnahm, siehe: Lübeckisches Adreßbuch für 1908, Digitalisat, 1250:72, https://digital-stadtbibliothek.luebeck.de/viewer/image/L130311908/1250/#topDocAnchor [21.11.2021]. Zur Geschichte des Lübecker Bahnhofs, siehe: Lorenz Steinke, Die Bedeutung der Lübeck-Büchener Eisenbahn für die Wirtschaft der Region Hamburg-Lübeck in den Jahren 1851 bis 1937, Lübeck 2006, S. 380-388.

4 Siehe hierzu das erste Gästebuch des Kieler Ortsvereins der Freundinnen junger Mädchen, StA Kiel, Acc. 3277, Nr. 2.

5 Vgl. Kieler Ortsverein der Freundinnen junger Mädchen, Jahresbericht 1938/39, S. 3, Kieler StadtA, Nr. 7533. Eine wichtige Quelle für die Entwicklung der hiesigen Bahnhofsmission stellt zudem ein von der anno 1929 in den Dienst getretenen Mitarbeiterin der Kieler Bahnhofsmission Elfriede Hinrichs angelegtes Album dar, welches im Jahr 1967 maschinenschriftlich erstellt wurde und mit eingeklebten Fotos bebildert wurde. Dieses befindet sich in Obhut des Verbands der Ev. Bahnhofsmission in der Nordkirche, hier: Deutsche Evangelische Bahnhofsmission, Elfriede Hinrichs, 1967, S. 12f.

6 Vgl. Die Kommission der Deutschen Bahnhofsmission, Die Deutsche Bahnhofsmission, Bernhard Paul, Königl. Hoflieferant, Berlin SW 48, 1. Aufl. 1912, S. 1, Archiv der Hansestadt Lübeck 01.2, Neues Senatsarchiv (NSA) Nr. 09250.

7 Jahresbericht des Kieler Ortsvereins der Freundinnen junger Mädchen. Januar 1901-1902, S. 2, StA Kiel, Nr. 23153.

8 Jahresbericht des Kieler Ortsvereins der Freundinnen junger Mädchen. Januar 1903-1904, S. 2, StA Kiel, Nr. 7533.

9 Die Einweihung des Henriettenhauses, in: Kieler Neueste Nachrichten, 31. Januar 1904.

10 Eindrücklich vermitteln um das Jahr 1910 datierte Fotos das damalige Vereinsleben, die in einer 2021 im Kieler Stadtarchiv abgegebenen Quellensammlung ent-

halten sind, siehe: StA Kiel, Acc. 3277, Nr. 2.

11 Jahresbericht des Kieler Ortsvereins der Freundinnen junger Mädchen. Januar 1901-1902, S. 2, StadtA Kiel, Nr. 23153. Vgl. Karin Stukenbrock/Kai Detlev Sievers, "Christliches Wohlwollen und braver Bürgersinn". Private und öffentliche Fürsorge in Kiel und ihre Bemühungen um die Lösung sozialer Probleme. Festschrift zum 200jährigen Bestehen der Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde Kiel, Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, herausgegeben von Jürgen Jensen, Bd. 27, Neumünster 1993, S. 7, 19f – StA Kiel, Acc. 3277, Nr. 2.

12 Astrid Mignon Kirchhof: Das Dienstfräulein am Bahnhof. Frauen im öffentlichen Raum im Blick der Berliner Bahnhofsmission 1884–1939, Stuttgart 2011, S. 13f.

13 Gräfin Agnes zu Rantzau ersuchte Anno 1906 im Namen des Vereins der Freundinnen junger Mädchen die Großherzoglich Oldenburgische Regierung des Fürstentums Lübeck in Eutin um die Verwendung ebendieser Hinweiszettel, siehe: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 260, Nr. 7424: Der Verein der Freundinnen junger Mädchen I.V. Gräfin Agnes Rantzau, Preetz, Datum des Poststempels, Regierung in Eutin, Eing. 4. Okt. 1906, I.No. V 9750.

14 Zum generellen Aufbau des männlichen Bahnhofsdienstes: Vgl. Nikles, Bahnhofsmission und Bahnhofsdienste (wie Anm. 1), S. 13f. und 37; ders., Soziale Hilfe am Bahnhof (wie Anm. 1), S. 172. Für den regionalen Gründungskontext als Quelle relevant: LASH, Abt. 301, Nr. 2547: Gesellschaft zur Fürsorge für die zuziehende männliche Jugend (Bahnhofsmission) an seine Exzellenz Herrn Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Berlin, Sophienstraße 19, Quergeb., den 16.12.1908.

15 Vgl. Wolfgang Reusch, Bahnhofsmission in Deutschland 1897–1987. Sozialwissenschaftliche Analyse einer diakonisch-caritativen Einrichtung im sozialen Wandel, Frankfurt am Main 1988, S. 61.

16 Vgl. Jann-Thorge Thöming: Inklusive Bahnhofsmissionen. Perspektiven gesellschaftlicher Teilhabe im Kontext moderner Bahnhofssozialarbeit, in: Kerbe – Forum für soziale Psychiatrie 4, 2019, S. 29-31.

Jenseits des Zahlen-Dschungels
Ein Werkstattbericht zur historischen Wahlforschung über die Weimarer Republik in Schleswig-Holstein 1919 bis 1933

Von Frank Omland

Zur Einführung

Historische Wahlforschung hat keinen leichten Stand. Das Quellenmaterial besteht zum großen Teil aus scheinbar trockenen Zahlen und dürren Daten, die zudem mühsam zusammengesammelt werden müssen und dann – anders als viele Schriftquellen – noch nicht einmal auf Anhieb lesbar sind. Das heißt: Es bedarf intensiver Detektiv-, Puzzle-, Auswertungs- und Deutungsarbeit sowie methodischer Fertigkeiten, um die volle Aussagekraft historischer Wahldaten zu erfassen. Hinzu kommt ein permanenter Phantomschmerz, den Forschende aushalten müssen: das Wissen darum, dass fehlendes bzw. verloren gegangenes Zahlenmaterial möglicherweise die Aussagekraft immens potenzieren würde. Es macht also Mühe, brauchbare Daten zusammenzutragen und den vorhandenen Zahlendschungel zu durchkämmen, um zu Erkenntnissen über historisches Wähler- und Nichtwählerverhalten, Wählerwanderungen usw. zu gelangen. Selbst wenn am Ende nur vorsichtige Schätzungen möglich sind, ist es dennoch nicht undenkbar, dass zuvor diffuse regionale und lokale Mentalitäten konkretere Gestalt annehmen. Widerstandspotential, Beharrungsvermögen, religiöse Dispositionen, Grade von Politisierung werden teilweise ebenso sichtbar wie Stadt-Land-Unterschiede oder Aspekte sozialer Klassenbildung. Kurz: Historische Wahlforschung ist – zumindest theoretisch – in der Lage, politik-, sozial- und kulturgeschichtliche sowie soziologische Erkenntnisse über Dörfer, Städte, Länder, Klassen, Milieus und Menschengruppen zu liefern, die sich aus sonstigen Quellen nicht gewinnen ließen. Der vorliegende Text möchte dazu einladen, die faszinierende Welt der historischen Wahlforschung ohne Scheu zu betreten, und dazu beitragen, die Möglichkeiten, Probleme, Fallstricke und Desiderate dieses Forschungsgebietes anhand konkreter Beispiele besser zu verstehen.

Ich verstehe diesen Beitrag auch als Appell, sich kritischer und genauer mit Statistiken zu befassen und kompetenter das erhobene bzw. überlieferte Datenmaterial zu interpretieren. In der Regionalgeschichtsforschung in Schleswig-Holstein gibt es da noch deutlich Luft nach oben.

1. Schleswig-Holstein und die historische Wahlforschung zur Weimarer Republik und zur NS-Zeit

Im Reichstagswahlkreis 14 bzw. 13, der preußischen Provinz Schleswig-Holstein einschließlich des oldenburgischen Landesteils Lübeck, gab es von 1919 bis 1933 mehr als 30 Wahlen und Abstimmungen, darunter Wahlen in den Kommunen, zum Kreistag, zum Provinziallandtag, dem preußischen Landtag und dem Reichstag. Hinzu kommen die Urnengänge für das Amt des Reichspräsidenten sowie die auf Landes- und Reichsebene stattgefundenen Volksbegehren und Volksentscheide. Im Einparteien-Staat der Nationalsozialisten wurden die Wahlberechtigten bis 1938 zu weiteren Reichstagswahlen und Volksabstimmungen aufgerufen.

Die landes- bzw. reichsweite Statistik wies dabei für Schleswig-Holstein knapp 100 Gebiete aus, deren Ergebnisse im Detail, einschließlich der Wahlbeteiligung, abgedruckt wurden.[1] Darunter waren sowohl Großstädte wie Altona und Kiel, mittlere Stadtkreise wie Flensburg, Neumünster und Wandsbek, Kleinstädte wie Husum oder Bad Oldesloe als auch eine Vielzahl kleinerer Gemeinden mit gerade einmal 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie die Dörfer und kleineren Landgemeinden mit deutlich weniger Bevölkerung. Dementsprechend dürfte es im gesamten Wahlkreis um die 2.200 Wahllokale gegeben haben,[2] wobei deren Ergebnisse nur zum Teil in den Akten und Zeitungen überliefert worden sind und für viele Städte und Gemeinden die Wahlbeteiligung in den jeweiligen Wahllokalen häufig gar nicht mehr vorliegen. Derzeit gibt es keine zentrale wahlstatistische Datenbank, in der alle Ergebnisse der knapp 2.200 Wahllokale zu finden sind, allerdings sind Teildaten, häufig auf Ebene der Kreise und deren Gemeinden zu unterschiedlichen Forschungszwecken erfasst worden (dazu unten mehr).

Wahlen und Abstimmungen in Schleswig-Holstein 1919-1933

19. Januar 1919	Nationalversammlung
26. Januar 1919	Preußische Landesversammlung
2. März 1919	Kommunalwahlen
10. Februar / 10. März 1920	Volksabstimmung Nordschleswig Provinzial-Landtagswahl
20. Februar 1921	Preußische Landtagswahl Reichstagswahl*
4. Mai 1924	Reichstagswahl, Kommunalwahlen
7. Dezember 1924	Landtagswahl, Reichstagswahl
29. März 1925	Reichspräsidentschaftswahl, I. Wahlgang
26. April 1925	Reichspräsidentschaftswahl, II. Wahlgang

29. November 1925	Provinzial-Landtagswahl
4. bis 17. März 1926	Volksbegehren Fürstenenteignung
20. Juni 1926	Volksentscheid Fürstenenteignung
20. Mai 1928	Landtagswahl, Reichstagswahl
3.-16. Oktober 1928	Volksbegehren Panzerkreuzerverbot
17. November 1929	Kommunalwahlen, Provinzial-Landtagswahl
16. bis 29. Oktober 1929	Volksbegehren „Freiheitsgesetz“
22. Dezember 1929	Volksentscheid „Freiheitsgesetz“
14. September 1930	Reichstagswahl
8. bis 21. April 1931	Volksbegehren Landtagsauflösung Preußen
9. August 1931	Volksentscheid Landtagsauflösung Preußen
13. März 1932	Reichspräsidentschaftswahl, I. Wahlgang
10. April 1932	Reichspräsidentschaftswahl, II. Wahlgang
24. April 1932	Landtagswahl
31. Juli 1932	Reichstagswahl
6. November 1932	Reichstagswahl
5. März 1933	Landtagswahl, Reichstagswahl
12. März 1933	Kommunalwahlen, Provinzial-Landtagswahl

**reichsweit am 6. Juni 1920, in Schleswig-Holstein aufgrund der Abstimmungen in Nordschleswig (Februar/März 1920) verschoben auf den 20.2.1921.*

Wahlen und Abstimmungen in Schleswig-Holstein 1933-1938

Einparteien-Staat	**NS-Diktatur**
12. November 1933	Reichstagswahl, Volksabstimmung (Anlass: Austritt Völkerbund)
19. August 1934	Volksabstimmung (Anlass: Tod Hindenburgs, Reichspräsidentschaft Hitlers)
29. März 1936	Reichstagswahl (Anlass: Einmarsch der Wehrmacht ins entmilitarisierte Rheinland)
10. April 1938	Volksabstimmung und Reichstagswahl (Anlass: Annexion Österreichs)
4. Dezember 1938	Sudetendeutsche Ergänzungswahl (Anlass: Annexion der sudetendeutschen Gebiete in der Tschechoslowakei)

2. Leitfragen, Erkenntnisinteresse, Forschungsdesiderate

Die Kernfrage der modernen historischen Wahlforschung lautet: Wer wählte wann und wieso eine bestimmte Partei? Dies schließt sowohl die Frage nach der Klientel als auch die Frage nach den Motiven der Wählerschaft ein. Für die Geschichte der Weimarer Republik wird in der Regel auf folgende Fragen abgehoben: Wer wählte die NSDAP? Welche schichtenspezifischen Aussagen sind anhand der (sozial-)statistischen Überlieferung möglich? Und wie sieht der Zusammenhang zwischen Milieu und Wahlverhalten aus? Für Schleswig-Holstein sind bis heute nur Teile dieser Fragestellungen befriedigend beantwortet worden. Nach der Pionierarbeit von Rudolf Heberle (*From Democrazy to Nazism. A regional Case Study on Political Parties in Germany*, 1945; *Landvolk und Nationalsozialismus*, 1963) folgten erst Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre Forschungsarbeiten, die zumeist auf Kreisebene das Wahlverhalten der Bevölkerung beleuchteten und sich i.d.R. mit den Thesen Heberles bzw. denen von Rudolf Rietzler zum Aufstieg der NSDAP (*Kampf in der Nordmark*, 1982) auseinandersetzten. Der Fokus lag dabei fast zwangsläufig auf dem Versuch, den Aufstieg der NSDAP zu erklären, weshalb Milieu und Wahlverhalten, die Wahlkämpfe und die anderen Parteien nur teilweise vertiefend dargestellt wurden. So finden die preußischen Landtagswahlen lediglich am Rande Erwähnung, die Provinzial-Landtagswahlen und die Ereignisse im Provinzial-Landtag sind ebenso erst in Ansätzen erforscht und von den Plebisziten ist häufig nur die Anti-Young-Plan-Kampagne Ende 1929 in die Forschungen einbezogen worden, seltener dagegen die Volksentscheide zur Fürstenenteignung 1926 und über die Landtagsauflösung 1931.[3] Noch schlechter sieht es mit der Parteienforschung und mit der Rekonstruktion der Wahlkämpfe aus. Hier gibt es insbesondere auf Seiten der bürgerlichen Parteien große Defizite, auch die regionale KPD ist noch zu wenig beleuchtet worden, und die Geschichte der einzelnen Wahlkämpfe muss ebenfalls noch intensiver erforscht werden.[4]

Eine Gesamtgeschichte der Wahlen und Abstimmungen in Schleswig-Holstein in der Weimarer Republik steht also noch aus. Neben der Einbeziehung aller überlieferten Wahlergebnisse müssten sämtliche Wahlkämpfe und die Wahlpropaganda der wichtigsten Parteien rekonstruiert sowie weitere (überregionale) Quellenbestände einbezogen werden, um die Wählerwanderungen und Wählerherkünfte regional fundiert analysieren und einordnen zu können. Im Einzelfall könnten auch Schichtungsanalysen aufgrund von Auswertungen von Adressbüchern sinnvoll sein, wobei sich hier Großstädte und größere Städte mit gut überlieferter Wahlstatistik anbieten würden. Alles zusammen wären Schritte für eine (wahlsoziologische) regionale Gesamtgeschichte der Wahlen und Abstimmungen in Schleswig-Holstein.

3. Methodische Überlegungen zur historischen statistischen Wahlforschung

Die Qualität der Analyse von Wahlergebnissen für Schleswig-Holstein, sei es für Städte, Kreisgebiete und die gesamte Provinz fällt bis heute sehr unterschiedlich aus. Grund dafür ist, dass die Historiker*innen und Laienforschenden sich in der Regel auf die Auswertung der vorhandenen schriftlichen Quellen konzentrieren und auf eine vertiefende statistische Analyse verzichten. Die Folge sind methodische Schwächen bei der Auswertung der Daten, so dass die Wahlergebnisse häufig lediglich nach Plausiblitätsaspekten bewertet werden. Dieser Text soll dazu anregen, sich intensiver mit einigen grundsätzlichen Voraussetzungen für eine quantitative und qualitative Analyse zu beschäftigen. Außerdem wird eine Reihe von Parametern erläutert, die ebenfalls hilfreich für die Auswertung sein könnten. Anhand von ausgewählten Beispielen soll dabei der jeweilige Erkenntnisgewinn anschaulich gemacht werden.

3.1 Zur Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse

Um Wahlergebnisse im Zeitverlauf miteinander vergleichen zu können, muss von dem landläufig üblichen Maßstab abgewichen werden: Während in öffentlicher Diskussion und Presseberichterstattung normalerweise die abgegebenen gültigen Stimmen als Grundlage dienen, weil diese die Zusammensetzung der Parlamente bestimmen, führt diese Basis in der Analyse immer wieder zu Fehlschlüssen. Die historische Wahlforschung hat sich hingegen auf den Maßstab „in Prozent der Wahlberechtigten“ verständigt. Die Vorteile dieser Herangehensweise werden anhand des folgenden konstruierten Beispiels veranschaulicht. In der Tabelle werden zuerst die Wahlergebnisse wiedergegeben, es folgt die Berechnung der Stimmergebnisse in abgegebenen gültigen Stimmen und danach in Prozent der Wahlberechtigten. Letzteres – die so genannte Stimmausschöpfung – ist die Voraussetzung für qualitative Wahlanalysen.

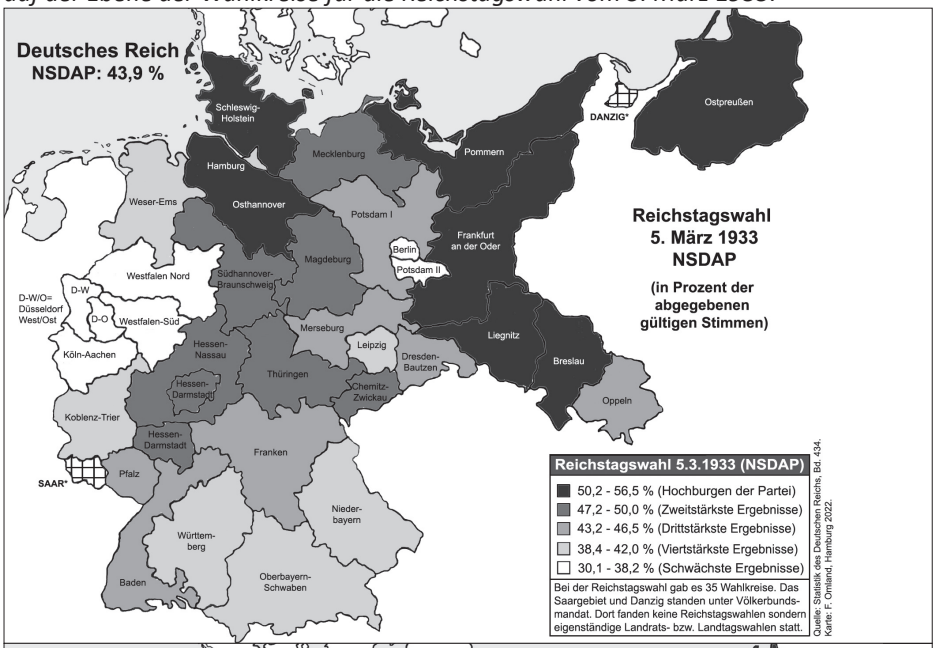
Das Problem des Vergleichsmaßstabs bei der Wahlanalyse			
Gemeinde	**Wahlbeteiligung**	**In Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen**	**In Prozent der Wahlberechtigten**
Dorf (200 Wahlberechtigte)	100 (von 200) = 50 %	10 (von 100) **= 10 %**	10 (von 200) **= 5 %**
Kleinstadt (5.000 Wahlberechtigte)	4.000 (von 5.000) = 80 %	400 (von 4.000) **= 10 %**	400 (von 5.000) **= 8 %**
Großstadt (100.000 Wahlberechtigte)	50.000 (von 100.000) = 50 %	5.000 (von 50.000) **= 10 %**	5.000 (von 100.000) **= 5 %**

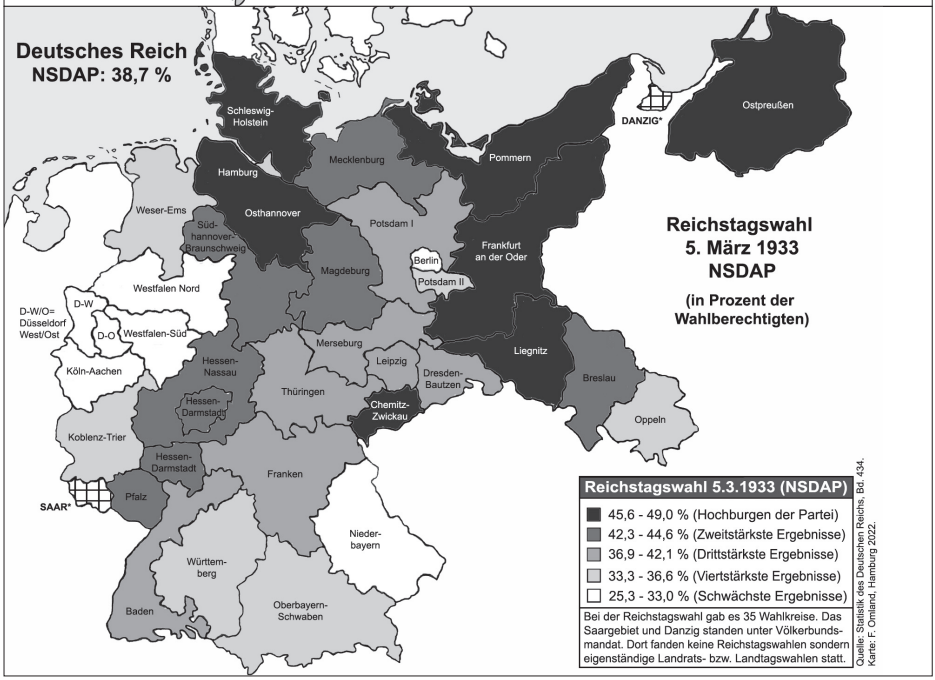
Während der Vergleich von Wahlergebnissen in gültigen Stimmen Wahlenthaltungen nicht erfasst, können Analysen in Prozent der Wahlberechtigten das Stimmverhalten aller Wahlberechtigten abbilden. Die sonst auftretenden Verzerrungen aufgrund von unterschiedlich hohen Wahlbeteiligungen können so ausgeschlossen werden. Damit ist es möglich, Wahlergebnisse – auch und gerade über einen längeren Zeitraum – miteinander zu vergleichen.
Im konstruierten Beispiel wird der Unterschied sehr deutlich: entweder geht man davon aus, dass es der Partei gelungen ist, unabhängig von der jeweiligen Gemeindegröße ihre Wählerschaft zu mobilisieren, denn sie ist scheinbar überall gleich erfolgreich; oder man kommt zu dem Schluss, dass die Partei besonders in der Kleinstadt ihre Wähler mobilisieren konnte. Die Stimmausschöpfung der Partei ist also in der Kleinstadt am höchsten, was in der Wahlanalyse erst durch Berechnung in Prozent der Wahlberechtigten zum Tragen kommt. Dieses Beispiel macht deutlich, dass sich die Analyse von Wahlergebnissen auf den Vergleichsmaßstab in Prozent der Wahlberechtigten beziehen sollte, denn nur so sind grundsätzliche Interpretationsfehler auszuschließen. Bedauerlicherweise basieren aber so gut wie alle bisherigen Analysen der Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein von 1919 bis 1933 auf einem Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen, was Fehlschlüsse und Fehlannahmen befördert hat.[5]
Ein offensichtlicheres Beispiel zeigt sich im Vergleich der Karten auf S. 48: Die relative Schwäche der NSDAP im Wahlkreis 25 (Niederbayern) wird unter Einbeziehung der hohen Wahlenthaltung noch deutlicher sichtbar. Dasselbe gilt für den Wahlkreis 3 (Potsdam II). Außerdem zeigt sich, dass die NSDAP im März 1933 in keinem einzigen Wahlkreis tatsächlich eine absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten hinter sich vereinigte (vgl. die Grafik auf S. 51).

3.2 Die Datenbasis

Eine weitere Quelle von Fehlschlüssen entsteht durch den Datenvergleich von unterschiedlich großen räumlichen Einheiten. Die Reichstagswahlkreise unterscheiden sich allein schon was die Anzahl der Wahlberechtigten angeht stark voneinander. Auch die Ebene darunter, also die knapp 900 bis 1.000 Kreise, sind noch sehr disparat. Grundsätzlich gilt: je kleiner die Vergleichsbasis, desto qualitativ besser kann die Analyse ausfallen. In den reichsweit erfassten Datensätzen sind es zumeist 4.000 bis 4.200 Gebietseinheiten, die eine Streuung von Großstädten mit mehreren Hunderttausend Wahlberechtigten bis hin zu Gemeinden mit knapp über 2.000 Wahlberechtigten und den sogenannten ländlichen Restbezirken, d.h. der Zusammenfassung aller Dörfer mit weniger als 2.000 Wahlberechtigten im Kreisgebiet, umfassen. Für die Wahlforschung ist es aber am besten, möglichst auf Daten der Wahllokale der Gemeinden zu-

Zwei kartografische Beispiele veranschaulichen den Unterschied der Wertung nach Prozentsatz der abgegebenen Stimmen (oben) und Prozent der Wahlberechtigten (unten) auf der Ebene der Wahlkreise für die Reichstagswahl vom 5. März 1933:





rückzugreifen. Diese umfassen jeweils maximal 2.000 bis 2.500 Wahlberechtigte, häufig auch deutlich weniger. Wie hilfreich diese Datenbasis sein kann, zeigt das folgende Beispiel: Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 gewann die NSDAP im Deutschen Reich 2,0 % der Stimmen der Wahlberechtigten. Im Wahlkreis Schleswig-Holstein 3,1 %, im Kreis Süderdithmarschen 12,1 % und in der dortigen Kirchspiellandgemeinde Albersdorf 32,1 %. In den Albersdorfer Gemeinden Offenbüttel (53,4 %), Tensbüttel (54,3 %) und Wienbüttel (64,4 %) erreichte die NSDAP sogar eine absolute Mehrheit.

Optimal wäre also für den Reichstagswahlkreis Schleswig-Holstein sämtliche Daten aller Wahllokale mitsamt den Wahlberechtigtenziffern zu erheben und dabei auch für die größeren Städte jeweils alle einzelnen Wahllokale abzubilden.

Zudem müssten der Anstieg der Wahlbevölkerung sowie Gebietsveränderungen berücksichtigt werden, d.h. Eingemeindungen, die Zusammenlegung von Gemeinden, die Auflösung von Kreisen und die der Gutsbezirke 1928. Auf Ebene der größeren Städte ist die Veränderung von Stimmbezirksgrenzen zu beachten, wie sie beispielsweise in Altona und Kiel von 1919 auf 1921 stattfand, durch die die Ergebnisse auf Ebene der Wahllokale nicht mehr miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Die Datensätze müssen also entsprechend angepasst werden oder als Alternative fiktive übergeordnete neue Gebietseinheiten durch Zusammenlegung erstellt werden.[6] Ohne solche Anpassungen können zum Teil nur einzelne Wahlen mit der vorherigen oder nachfolgenden verglichen werden. Aktuelle Forschungen für die Großstadt Hamburg belegen den hohen Aufwand, der für solche Anpassungen nötig ist, ohne den jedoch weder quantitative noch qualitative Aussagen möglich sind.[7]

3.3 Vermeidung von Fehlschlüssen

Für statistische Laien ohne den Zugriff auf einen großen wissenschaftlichen Apparat ist es nicht einfach, Fehlschlüsse zu vermeiden. Drei größere Klippen benennt der Politologe Jürgen W. Falter: Die erste ist die naive Disaggregation, d.h. der Rückschluss von Erkenntnissen durch die Datenlage auf das individuelle Stimmverhalten.[8] Aufgrund des Fehlens von Umfragen können wir schlichtweg nicht sagen, ob die Individuen einer bestimmten Gruppe (zum Beispiel evangelische Landarbeiter) tatsächlich eine bestimmte Partei über- oder unterdurchschnittlich oft gewählt haben. Aussagen zum Verhalten von bestimmten Wählergruppen können nur annähernd getroffen werden. Es gilt durch Einschluss möglichst vieler Parameter in der Analyse und Durchrechnung verschiedener Faktoren und ihres möglichen Einflusses aufeinander, Fehlannahmen – auch aufgrund von fehlenden sozialstatistischen Daten – möglichst weitgehend aus-

zuschließen. Die zweite Klippe, der Fehler der willkürlichen Selektion, entsteht durch nicht repräsentative Vergleiche beispielsweise unterschiedlich großer Gebietseinheiten sowie der Verallgemeinerung spezifischer Analyseergebnisse auf andere Gebiete oder Regionen.[9] Die dritte Klippe ist die unvollständige Modellspezifikation, die gerade für die Regionalgeschichtsforschung ein Problem darstellt: Welche Daten sind auf regionaler Ebene überhaupt vorhanden, was bilden diese jeweils ab und wie lassen sich bestimmte sozialstatistische Daten überhaupt mit denen auf dem Gebiet der Wahllokale, Kreise oder anderer Einheiten miteinander in Beziehung setzen?[10]

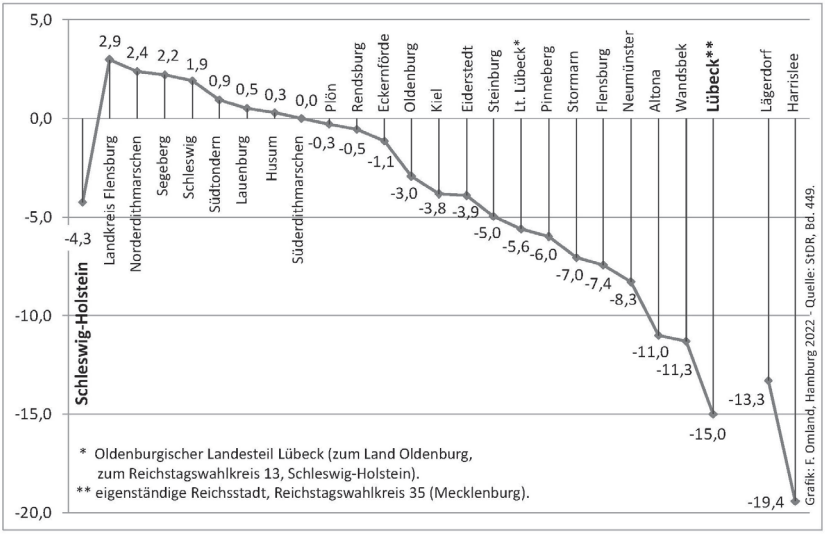
3.4 Anschaulichkeit von Wahlergebnissen (im Zeitverlauf)

Zur Veranschaulichung der Wahlergebnisse bietet es sich an, Karten zu gestalten. Auch hier gilt es einen Vergleichsmaßstab einzuführen, der es den Lesenden ermöglicht, die Karten im Zeitverlauf miteinander zu vergleichen und daraus Rückschlüsse auf das Geschehen zu ziehen. In der historischen Wahlforschung hat sich dabei die Abbildung von Quartilen bzw. Quintilen als Maß der Dinge herausgestellt. Die Wahlergebnisse werden dazu entweder in vier oder fünf von der Anzahl her gleiche Abschnitte eingeteilt, d.h. das Viertel bzw. Fünftel der Gemeinden mit den meisten, den zweitmeisten, den drittmeisten etc. Stimmen für die jeweilige Partei. Damit können die tatsächlichen Aufstiegsgebiete, die Hochburgen und Diaspora-Gebiete der Partei im Zeitverlauf gut herausgearbeitet werden.[11] Die visuelle Anschaulichkeit ist hoch, irritierend wirkt jedoch der jeweils sehr unterschiedliche Prozentuierungsmaßstab pro Wahlereignis, der von den gewohnten „runden“ Ergebnissen (häufig in 10er Prozentschritten) abweicht. Doch sind Quartile und Quintile auf jeden Fall diesen eher willkürlich gewählten Maßstäben vorzuziehen,[12] denn erst so werden die stärksten und schwächsten Gebiete der Parteien visuell im Zeitverlauf gut sichtbar.[13]

Alternativ ist auch der Vorschlag von Otmar Jung nützlich, der für die Abstimmungen im „Dritten Reich“ das Modell der Amplitudenmodulation eingebracht hat. Hierzu wird ermittelt, wie hoch jeweils die Abweichung vom Reichsdurchschnitt ausfiel, und die Schwankungen nach oben und unten werden entsprechend visualisiert.[14] Der Vorteil dieser Methode – auch für die Wahlergebnis-Analyse der Weimarer Republik – ist es, dass die jeweiligen Ausschläge nach unten und nach oben abbilden, ob eine Partei besonders gut oder schlecht in der Region abgeschnitten hat.

Als Beispiel zeigt die Grafik auf S. 51 das Ja-Stimmen-Ergebnis bei den ersten Abstimmungen im Nationalsozialismus jeweils in Abweichung vom Reichsdurchschnitt. Die jeweiligen Ausschläge nach oben und unten weisen auf

Abweichungen der Ja-Stimmen vom Reichsdurchschnitt
(Mittelwert: VA Nov. 1933, RTW Nov. 1933, VA Aug. 1934)

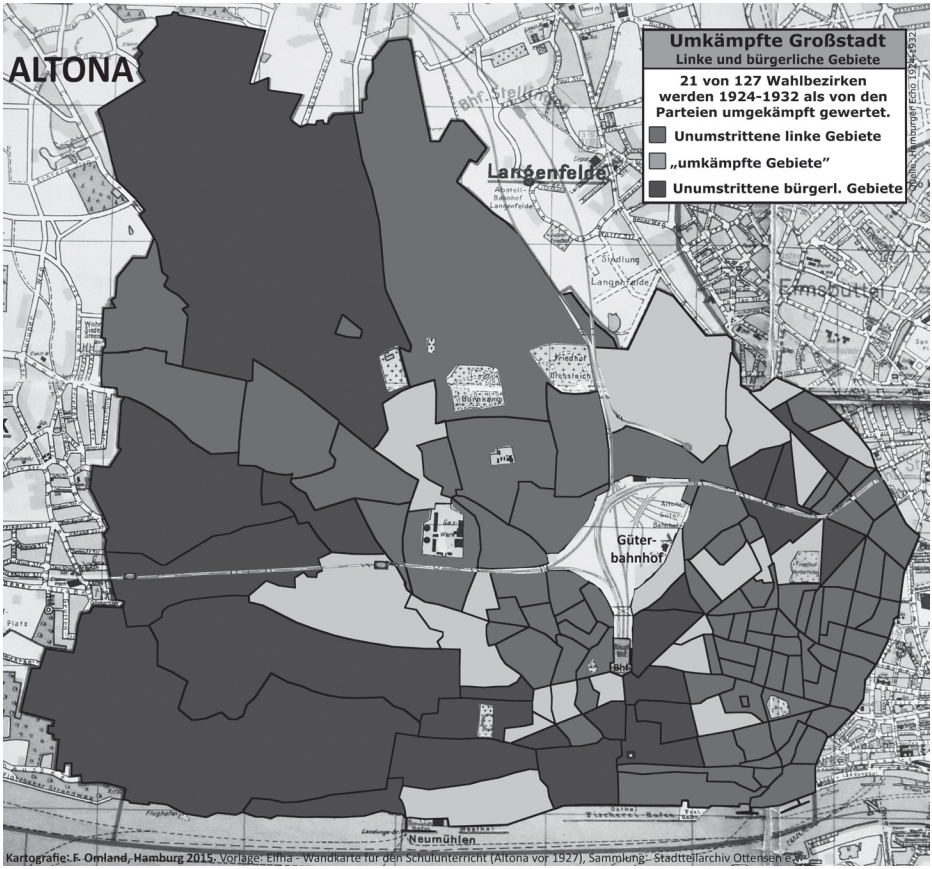


Hochburgen und Diaspora-Gebiete hin. Während die Null-Linie dem reichsweiten Durchschnitt entspricht, ist der Wert von minus 4,3 Prozentpunkten für Schleswig-Holstein praktisch die dortige Durchschnittslinie. Die Grafik ermöglicht also für beide Gebiete Aussagen darüber, wie stark bzw. schwach die Nationalsozialisten jeweils abgeschnitten haben. Auch kartografisch lässt sich dies gut verwenden, um im Zeitverlauf über- und unterdurchschnittliche Ergebnisse darzustellen. Dafür bietet sich der Maßstab „über dem Reichsdurchschnitt“ / „unter dem Reichsdurchschnitt“ sowie „über/unter dem Durchschnitt Schleswig-Holsteins“ an.[15]

Ein letztes Beispiel stellen Hochburgenvergleiche dar, wobei die Anzahl der Gemeinden, die als Hochburgen bezeichnet werden, nach verschiedenen, zum Teil eher willkürlichen Methoden festgelegt werden können (bestes Quartil, bestes Quintil, 10 % beste Ergebnisse, feste Anzahl im Zeitverlauf etc.).[16] Die Hochburgenanalyse sollte außerdem ergänzt werden um eine Analyse aller Ergebnisse im Zeitverlauf: Wo bleibt die jeweilige Partei kontinuierlich stark, wo sinkt ihr Stimmergebnis, wo steigt es an? Gerade das Herausarbeiten von Gebieten mit den jeweils stärksten Abweichungen verspricht dabei einen Erkenntnisgewinn und befördert die Frage nach den Gründen dafür. So hat beispielsweise Anthony McElligott für die Großstadt Altona die These von der „Contested City“, der „umkämpften Großstadt“ in die Debatte eingebracht, d.h. die Frage, ob ein

aktives Sich-Wehren in den Nachbarschaften dazu geführt hat, dass die Nationalsozialisten schwerer haben Fuß fassen können. Diese Hypothese hat der Verfasser anhand aller überlieferten Wahllokalergebnisse im Detail zu überprüfen versucht.

Dafür wurden alle Wahllokaldatensätze darauf durchgegangen, ob der Unterschied zwischen bürgerlichen und nationalsozialistischen Stimmen auf der einen Seite und der der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD auf der anderen Seite jeweils bei 5, 10 bzw. 15 Prozent lag. Ein Unterschied von lediglich 5 Prozent bei Wahlen bedeutete, dass sich nur 2,5 Prozent hätten anders entscheiden müssen, um ein Stimmenpatt zu erzeugen. Als umkämpfte Gebiete wurden also diejenigen Wahlbezirke gewertet, deren Ergebnisse im Zeitverlauf von 1924 bis 1932 so eng beieinander lagen und deren Ausschlag zugunsten der



Abgebildet ist das Altonaer Stadtgebiet in den Grenzen von vor 1927, also die Stadtteile Altona-Altstadt, Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen und Övelgönne.

einen oder anderen Seite jeweils nur um maximal 5 Prozentpunkte schwankte.[17] Für die so herausgearbeiteten 21 Wahlbezirke können dann anhand von regionalgeschichtlichen Quellen Hypothesen zum Wahlverhalten in den Nachbarschaften aufgestellt werden.

3.5 Einbeziehung statistisch relevanter Daten zum Vergleich

Die Wahlstatistik des Deutschen Reichs enthält in der Regel alle Daten von Gemeinden mit mindestens 2.000 und mehr Einwohner*innen, wobei sich so natürlich auch die ländlichen Restbezirke zumindest als Gesamtziffer ermitteln lassen. Zum Vergleich mit diesen Wahldaten der Gemeinden bieten sich u.a. die beiden Volks- und Berufszählungen von 1925 und 1933, die Betriebszählung von 1928 sowie die diversen anderen Datenerhebungen an, die um diese Zählungen herum stattgefunden haben. Das Problem für die Praxis besteht darin, dass alle diese statistischen Erhebungen auf sehr unterschiedlichen Verwaltungsgebietsgrößen beruhen. Gerade für Vergleiche auf Ebene der kleineren Gemeinden und Dörfer fehlen deshalb häufig Möglichkeiten zur Analyse, etwa nach Berufsgruppen, Branchen oder auch Erwerbslosigkeit. Für Schleswig-Holstein hat der Verfasser etwa die 100 Datensätze der Statistik des Deutschen Reichs mit denen der Volkszählung von 1933 verglichen und konnte so zumindest für 48 Gebietseinheiten – getrennt nach Wirtschaftsabteilungen, insbesondere dem Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen – Auswertungen zum Wahlverhalten anstellen.[18] Die Frage ist aber, wo Daten auf kleinräumlicherer Basis vorliegen und wie diese in die Analyse einbezogen werden können. Mindestens die folgenden Daten liegen meines Wissens auch auf Ebene aller Gemeinden bis 1933 vor:

a) die jeweilige Gemeindegröße (1919, 1925, 1933, z.T. zu anderen Zeitpunkten)
b) die Grundsteuerreinerträge pro Hektar bewirtschafteter Fläche (1929),
c) der Gesamtanteil von Männern und Frauen in den Gemeinden (1925), wobei hier auch Nicht-Wahlberechtigte unter 20 Jahren berücksichtigt werden,[19]
d) die Konfessionszugehörigkeit (1925), die ebenfalls für die statistische Praxis ohne Nutzen ist, da Schleswig-Holstein praktisch so gut wie keine Gebiete aufweist, die sich von evangelisch-geprägten Regionen einzeln abgrenzen lassen (katholisch, jüdisch, konfessionslos)[20]
e) der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen gemessen an der Gesamtbevölkerung (1933),
f) die geografische Zuordnung der Gemeinden nach Marsch/Geest/Östliches Hügelland,
g) die Verteilung der (1928 aufgelösten) Gutsbezirke,

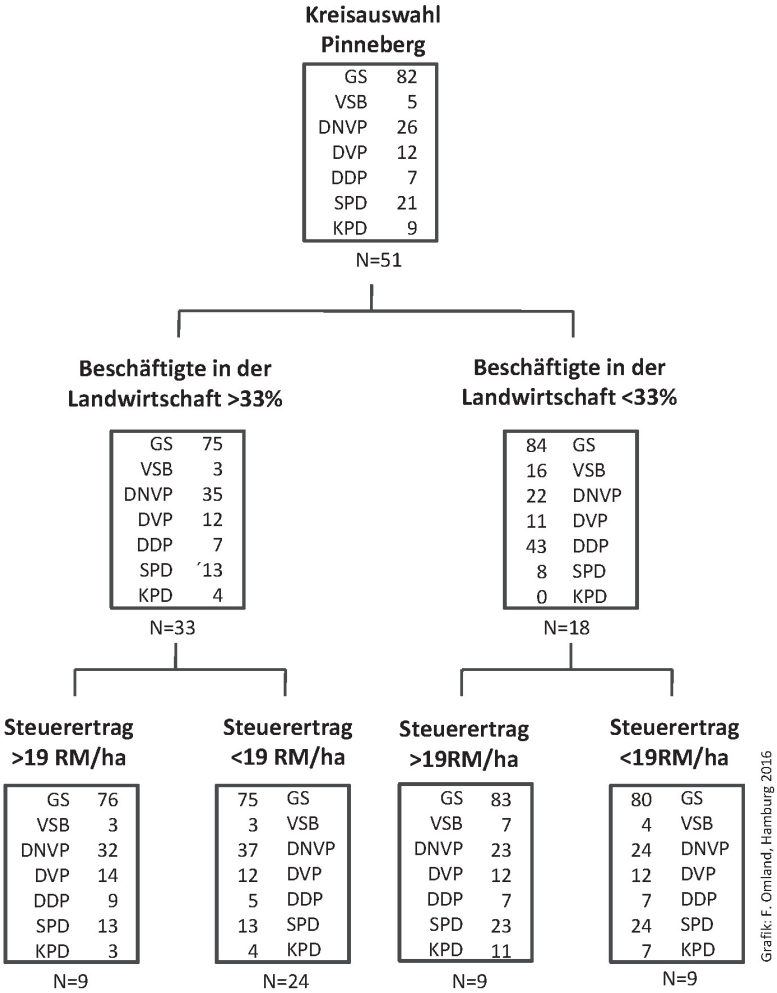
h) die Lage der Gemeinden an den wichtigen Verkehrswegen (Straßen, Bahnverbindungen),[21]
i) die Verteilung der Ortsgruppen (und Mitglieder) der NSDAP.

Unklar ist, ob es flächendeckend für alle Gemeinden möglich ist, die folgenden statistischen Daten zu erheben bzw. zu erschließen:
j) Daten aus der Agrarstatistik (u.a. Verteilung der Hofgrößenklassen, Zwangsversteigerungen),[22]
k) die Erwerbslosenzahlen und die Zahlen der Wohlfahrtserwerbslosen,[23]
l) die Routenverläufe wichtiger Aufmärsche der Parteien,[24]
m) die Verteilung der Ortsvereine und die Versammlungsstatistik der Parteien,
n) die Verteilung von Gewalttaten (Tote / Schwerverletzte) auf die Gemeinden in der Phase des unausgesprochenen Bürgerkriegs ab 1930.

Der Erkenntnisgewinn solcher Datenerhebungen konnte in den letzten Jahren an den Beispielen der Landkreise Norder- und Süderdithmarschen, Flensburg, Pinneberg, Rendsburg, Segeberg und Schleswig dargestellt werden.[25] Hier konnten unter anderem die Parameter „Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen“ sowie ein „über- bzw. unterdurchschnittliches Grundsteueraufkommen“ in Kontrastgruppenvergleichen ausgewertet werden. Vor kurzem erfolgte zudem noch eine Analyse des Zusammenhangs von Ortsgruppengründungen und den Wahlergebnissen bzw. umgekehrt, den Auswirkungen der Wahlergebnisse auf die Entstehung von Ortsgruppen der NSDAP.[26]

Der in der Grafik auf S. 55 dargestellte Kontrastgruppenvergleich belegt den Erkenntnisgewinn für den Kreis Pinneberg für die Reichstagswahl im Mai 1924, denn die Parteien schnitten je nach sozio-ökonomischen Auswahlkriterien sehr unterschiedlich ab. Logischerweise erhöhen sich mit einem genügend großen Datensatz die Möglichkeiten zur Ausdifferenzierung, etwa nach Bevölkerungsgröße, Anzahl der Gutsbezirke oder bestimmten regionalen Gegebenheiten (etwa nach Marsch- und Geestgemeinden).[27] Die NSDAP schnitt in den kleineren Gemeinden mit einem hohen Anteil an in der Landwirtschaft Tätigen und einem unterdurchschnittlichen Grundsteuerreinertrag am besten ab. Eine Auswertung unter Einbeziehung von Informationen zur Verteilung der Ortsgruppen der NSDAP im Zeitverlauf bestätigt dieses Muster. Zusätzlich lässt sich ein positiver Effekt auf das Wahlergebnis der NSDAP in den mitgliederstarken Gemeinden bzw. nach der Gründung von neuen Ortsgruppen der Partei belegen.[28]
Die Ergebnisse aus dem Kreis Pinneberg werden auch durch einen fast 700 Ge-

Kreis Pinneberg, Kontrastgruppenvergleich
Reichstagswahl 4. Mai 1924 (in % der Wahlberechtigten)



Abkürzungen: N = Anzahl der Gemeinden; GS = abgegebene gültige Stimmen; VSB = Völkisch-Sozialer Block (Bündnis Deutschvölkische und NSDAP), DNVP = Deutschnationale Volkspartei, DVP = Deutsche Volkspartei, DDP = Deutsche Demokratische Partei, SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschland, KPD = Kommunistische Partei Deutschland.

Lesebeispiel: Im gesamten Kreisgebiet stimmten 26 Prozent der Wahlberechtigten für die DNVP, in den Gebieten mit einem hohen Anteil in der Landwirtschaft Beschäftigter sogar 35 Prozent, was sich in den Gemeinden mit unterdurchschnittlichem Steueranteil, also den ärmeren Gemeinden, noch auf 37 Prozentpunkte steigerte.

meinden umfassenden Datensatz, der sich auf die Aufstiegsgebiete der NSDAP von 1928 bis 1930 bezieht, bestätigt.[29]

Vergleich der Stimmanteile für die NSDAP 1929 / 1930 (in Prozent der Wahlberechtigten)				
	Anzahl der Gemeinden	**Wahl-berechtigte 14.9.1930**	**Provinzial-landtags-wahl 17.11.1929**	**Reichs-tagswahl 14.9.1930**
Preußen bzw. Deutsches Reich			**3,0**	**14,9**
Kreis Pinneberg	56	72.634	7,8	28,6
Kreisauswahl Pinneberg	51	71.301	7,7	28,5
Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen am Gesamtanteil der Bevölkerung unter 33 Prozent (16.6.1933)	19	56.692	6,4	25,2
Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen am Gesamtanteil der Bevölkerung über 33 Prozent (16.6.1933)	32	14.609	12,5	41,3
Geestgemeinden	44	67.560	7,7	28,2
Marschgemeinden *(unberücksichtigt blieb eine Gemeinde auf der Marsch-/ Geestgrenze)*	6	2.671	8,4	38,6
Grundsteueranteil überdurchschnittlich, d.h. hohe Steuereinnahmen (31.3.1929)	18	48.841	6,5	25,5
Grundsteueranteil unterdurchschnittlich, d.h. niedrige Steuereinnahmen (31.3.1929)	33	22.460	10,2	35,1
Dörfer, (d.h. 239 bis 528 Einwohner*innen)	13	3.315	18,3	46,5
Kleinere Gemeinden (d.h. 581 bis 703 Einwohner*innen)	13	5.483	8,9	37,7
Mittelgroße Landgemeinden (d.h. 704 bis 1.660 Einwohner*innen)	12	8.051	9,5	35,2
Städte und größere Landgemeinden, (d.h. 1.741 bis 16.383 Einwohner*innen)	13	54.452	6,6	25,5
Gemeinden mit einer Ortsgruppe der NSDAP, (Stichtag: 25. August 1928, ohne 4 Stadtgemeinden)	7	5.650	14,9	35,3
NSDAP-Mitgliederhochburgen (Stichtag: 20. Oktober 1929)	10	5.657	15,6	39,4
NSDAP-Mitgliederhochburgen (Stichtag: 1. März 1930)	11	22.055	10,9	28,7

Kontrastgruppenvergleiche bieten sich an, um Hypothesen darüber aufzustellen, welche Faktoren am ehesten einen Ausschlag für das Wahlverhalten gehabt haben könnten. Gerade auch dann, wenn uns Wählerwanderungsberechnungen fehlen, können Kontrastgruppenvergleiche zusammen mit der

Berechnung von Korrelationskoeffizienten Hinweise auf das mögliche Wahlverhalten geben. Letzere geben lediglich einen Zusammenhang zwischen zwei Variablen wieder, da wahlstatistisch gesehen aber immer mehrere Variablen zu überprüfen sind, kann es hier schnell zu Fehlschlüssen kommen. So gibt es beispielsweise hohe Korrelationen zwischen den Wahlergebnissen der DNVP und der Gemeindegröße und zwischen der DNVP und dem Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten. Um herauszufiltern, ob eher die Gemeindegröße oder eher die Landwirtschaft zentrale Faktoren sind (oder beides?), müssten Gemeinden verglichen werden, die ähnlich klein/groß sind und gleichzeitig wenig/viel landwirtschaftlich tätige Bevölkerung aufweisen. Erst danach könnte sicherer beantwortet werden, welcher Faktor wichtiger gewesen sein könnte. Je größer der Datensatz ist, desto leichter lässt sich überprüfen, ob es statistische Fehlannahmen gibt, d.h. bestimmte Parameter sich entgegen dem ersten Augenschein als nicht so entscheidend erweisen.

3.6 Chancen interdisziplinärer Zusammenarbeit

Die Regionalgeschichtsforschung sollte sich verstärkt einer interdisziplinären Zusammenarbeit öffnen, wobei dies – gerade, aber nicht ausschließlich – bei den engagierten Laienforschern auf Grenzen stößt.[30] So ist es wahrscheinlich einfacher, sich autodidaktisch Fähigkeiten zur kritischen Quellenanalyse anzueignen als vertiefende statistische Methoden zu erlernen. Die von Jürgen W. Falter angewandte Methode der ökologischen Regressionsanalyse hat in Schleswig-Holstein meines Wissens bisher niemand angewendet und das zugänglichere Logit-Modell von Sören Thomsen hat methodische Schwächen. Das von André Klima u.a. entwickelte Wählerwanderungsmodell ist mit einem sehr hohen computergestützten Rechenaufwand verbunden und dürfte zudem Laien deutlich überfordern.[31] Doch stellen die so gewonnenen Schätzungen (nicht: Wahrheiten!) über die Wählerwanderungen einen Erkenntnisgewinn dar, den sich auch die Regionalgeschichtsforschung zu eigen machen sollte.[32] Dagegen bestehen mit der Clusteranalyse, d.h. die Sortierung der Daten anhand verschiedener Variablen, oder der Swing-Index, einem Maß für die Parteien-Wechselbereitschaft von Wahlberechtigten, statistische Methoden, die auch interessierte Laien anwenden können, und die auch die Grundlage der Berechnung von Korrelationskoeffizienten sind. Beide sind heutzutage mit vielen Programmen leicht durchführbar.[33] Am besten wäre es natürlich, wenn die universitäre Forschung und die historisch interessierten Laien in gemeinsamen interdisziplinären Projekten ihre jeweils eigenen Kompetenzen einfließen lassen könnten.

3.7 Auszählung von Berufszugehörigkeiten aus den Adressbüchern

Da Aktenquellen zu den Berufen von Wahlberechtigten die absolute Ausnahme darstellen,[34] greift die Forschung auf die städtischen Adressbücher zurück, denn diese halten wertvolle Daten zu den Wahlberechtigten bereit. Da aber zumeist nur die männlichen Haushaltsvorstände verzeichnet sind, fehlen jenseits der Witwen und alleinlebenden Frauen auch Informationen über die noch im Haushalt lebenden Jungerwachsenen. Faktisch ermöglichen Adressbuchauszählungen also nur quantitative Aussagen über die Männer in den betreffenden Gemeinden. Trotzdem stellen die Auszählungen nach Berufsangaben häufig die einzige Möglichkeit dar, um sozioökonomische Informationen auf der Ebene der Wahllokale zu erlangen. Die meines Wissens größte Auszählung haben Schulz/Schneider am Beispiel von elf Kieler Stimmbezirken vorgenommen, wobei sie die Kategorien „Arbeiter", „Angestellte", „Selbstständige" und „Sonstige" gebildet haben.[35] Abgesehen von methodischen Problemen – wie unterscheidet man beispielsweise aufgrund des Eintrages einen Selbstständigen von einem Angestellten einer Branche, in der beides vorkommt? – müsste aus Gründen der Repräsentativität der gesamte Wahlkörper, am besten zu verschiedenen Zeitpunkten, erfasst und genau mit den Kriterien der Statistik des Deutschen Reichs abgeglichen werden.[36] Ohne einen hauptamtlich bezahlten wissenschaftlichen Apparat dürfte dies praktisch nur für kleinere Gemeinden mit fünf bis zehn Wahllokalen umsetzbar sein.[37]

4. Fazit und Ausblick

Die Qualität der historischen Wahlforschung für Schleswig-Holstein kann sich also noch verbessern, doch auch die Quantität der Aggregatdaten stellt eine Herausforderung für die Zukunft dar. Es wäre hilfreich, wenn die historische Wahlforschung es sich zur Aufgabe machen würde, eine Datenbank anzulegen, die sämtliche überlieferten Ergebnisse für die Provinz Schleswig-Holstein, einschließlich der Freien Reichsstadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübecks, erfassen würde. Außerdem sollten alle weiteren (sozial-)statistischen Daten so aufbereitet werden, dass diese auf verschiedenen Gebietsebenen ebenfalls der Forschung als Datensatz (bei entsprechenden Gebietsangleichungen) zur Verfügung stehen. Für die Analyse von Wahlergebnissen von 1919 bis 1938 wäre eine solche Datenbank von unschätzbarem Wert.

Ein Zusammentragen dieser Datenmenge ist allerdings ohne hauptamtliche Unterstützung praktisch nicht leistbar, so dass als erster Schritt zu überlegen ist, die bisherigen Erhebungen zusammenzuführen und danach auszuwerten, welche Stimmergebnisse auf Gemeindeebene aus welchen Kreisgebieten noch überhaupt nicht erhoben worden sind und in welchen Archiven mögliche statis-

tische Überlieferungen noch erschlossen werden müssen. Dies schließt ebenso die Recherche darüber ein, welche Datensätze auf reichsweiter Ebene überhaupt schon vorhanden sind und in welchen Institutionen und Universitäten diese vorliegen – und damit für Schleswig-Holstein lediglich noch angefordert werden müssten. Vermutlich ist es so oder so also noch ein langer Weg, bis die historische Wahlforschung zur Weimarer Republik und NS-Zeit die wichtigsten Fragen für Schleswig-Holstein beantwortet haben wird.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu jeweils die Statistik des Deutschen Reichs (StDR). Einen Überblick dazu findet sich in Frank Omland: „Wie ihr wählt, so wird regiert!“ Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919-1924. In: ZSHG 132, 2007, S. 134 FN 6.
2 Vgl. dazu StDR Bd. 382, Heft III, S. 7. Reichstagswahl 14.9.1930: 2.191 Wahllokale, März / April 1932: 2.218 bzw. 2.219 Wahllokale.
3 Vgl. die Literaturhinweise unter https://www.akens.org/materialien-zur-zeitgeschichte/historische-statistik.html.
4 Eine Monografie liegt – mit Ausnahme zur Frühphase der NSDAP (Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark“ – Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1982) nur für die Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP) vor, zu allen anderen Parteien findet sich eine unterschiedliche Anzahl von Aufsätzen, wobei gerade zur DVP und DDP die Lücken am größten sind. – Martin Müller-Olm, Die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie / Die Schleswig-Holsteinische Landespartei 1919-1921. Wissenschaftliche Hausarbeit, Kiel 1993; ders., Die Landwirtschaft und die Parteien in Schleswig-Holstein am Anfang der Weimarer Republik. Wissenschaftliche Hausarbeit, Kiel 1994.
5 Selbst Rudolf Heberle (Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932. Stuttgart 1963) hat auf die abgegebenen Stimmen prozentuiert.
6 Für den Kreis Pinneberg mussten die Eingemeindung der Elbgemeinden zu Altona berücksichtigt werden sowie die Zusammenlegung von Gemeinden. Um einen im Zeitverlauf von 1924 bis 1933 stabilen Datensatz zu erzeugen, wurde deshalb aus 56 Gemeinden ein Datensatz von 51 Gemeinden gebildet, der diese Veränderungen entsprechend berücksichtigt.
7 Vgl. Frank Omland: Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik. Eine statistische Analyse der ersten drei demokratischen Urnengänge 1919/20. In: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 105, 2019, S. 57-88.
8 Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. München 1991, S. 56.
9 Ebd., S. 57f.
10 Ebd., S. 59f.

11 Unsere Augen können Farbunterschiede in Karten in der Regel bei vier bzw. fünf verschiedenen Abstufungen einer Farbe noch gut unterscheiden. Karten mit mehr Abstufungen eines Farbtons erscheinen zwar als „schön bunt“, helfen aber bei der schnellen Erfassung des Inhalts nicht weiter.

12 Vgl. etwa Wilhelm Koops (Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Landkreis zwischen Obrigkeitsstaat und Diktatur. Neumünster 1993, S. 322 und S. 386), der für die Reichstagswahlen 1930 und Juli 1932 einmal den Maßstab „überdurchschnittlich zum Ergebnis des Deutschen Reichs“ und einmal über 85 % für die NSDAP gewählt hat. Jede Karte für sich hat einen Erkenntnisgewinn für den Betrachter, doch miteinander vergleichen lassen sich so beide Ereignisse nicht.

13 Vgl. dazu den kartographischen Anhang in: Frank Omland (Red.): „Man hatte ihr Vordringen erwartet...“ Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen. ISHZ-Beiheft 4, Kiel 2013, S. 38-45. Download unter https://www.akens.org/akens/texte/beiheft/Beiheft_4_web.pdf.

14 Otmar Jung: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten, Tübingen 1995, S. 50.

15 Vgl. dazu die Karten des Verfassers in Frank Omland: „Die Nordmark steht zu Hitler!“ Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933, in: ISHZ 48 (2007), S. 4-67. Download unter https://www.akens.org/akens/texte/info/48/NSDAP_Wahlen_Omland.pdf.

16 Tabelle zuerst abgedruckt in: Omland: „Die Nordmark steht zu Hitler!“ (wie Anm. 15), S. 46.

17 Vgl. Frank Omland: Schleswig-Holstein wird braun und Altona bleibt rot?! Der Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen 1924 bis 1933. In: Hans-Jörg Czech, Vanessa Hirsch, Franklin Kopitzsch (Hrsg.): 350 Jahre Altona. Von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Neuen Mitte (1664–2014). Dresden 2015, S. 242-253. Weil die Zahlen der Wahlberechtigten fehlten, musste auf den Maßstab in abgegebenen Stimmen zurückgegriffen werden.

18 Vgl. dazu Frank Omland: „Warum wählte der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch [?]“ Wahlen, Wählerwanderungen und Wählerherkunft in Schleswig-Holstein 1928–1933. In: ZSHG 133, 2008, S. 157ff; ders.: ISHZ 48, S. 48ff.

19 Auszählungen nach Geschlecht sind für Schleswig-Holstein nur in Ausnahmen überliefert und auch die reichsweiten Analysen in der StDR sind nicht repräsentativ.

20 Für die Großstädte Kiel und Altona wäre noch zu überprüfen, ob anhand von Adressbuchauszählungen ähnlich wie für Hamburg – zumindest für die jüdischen Gemeinden – Wahlanalysen möglich sind.

21 Eine Frage könnte lauten: Orientierten sich die Ortsgruppen der NSDAP bevorzugt an bestimmten verkehrsgünstigen Routen, weil hier die Redner und Propagandisten einfacher von Ort zu Ort reisen konnten?

22 Für die Zwangsversteigerungen gibt es kreisweite Auswertungen (siehe Heberle [wie Anm. 5], S. 125), doch die amtliche Statistik ließe eine flächendeckende, mühselige Einzelauszählung zu. Für die Höfegrößenklassen hat Zimmermann bspw. für Lauenburg (1912) eine Statistik in einer Karte umgesetzt, die die Anzahl der Höfe

dokumentiert (Hans-Jörg Zimmermann: Wählerverhalten und Sozialstruktur Lauenburgs 1918–1933, S. 370), Möller für dasselbe Jahr den Anteil des großbäuerlichen Anteils an der Gesamtfläche der Gemeinden im Kreis Steinburg oder auch den Anteil der gewerblichen Schweinemast im Jahr 1927 (Reimer Möller: Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch [1860–1933]. Die Folgen der Industrialisierung im Landkreis Steinburg [Elbe]. Münster u.a. 2007, S. 36 u. 269).

23 Die Erwerbslosenziffern sind ab 1927/28 nur auf Ebene der Arbeitsamtsbezirke zentral zu erschließen, auf Ebene der Gemeinden hingegen – nach derzeitigen Kenntnisstand des Verfassers – nur durch Auswertungen der Zeitungen, und hier zumeist nur für die größeren Städte (siehe bspw. Möller [wie Anm. 22], S. 271 und 407 für sechs bzw. fünf Gemeinden von 1918 bis 1923). Die Anzahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die durch die Gemeinden unterstützt wurden, stellen ein noch größeres Desiderat dar.

24 Ein Projekt an der Universität Zürich für die Region Altona, Hamburg, Wandsbek und Harburg mit dem Ziel, die Routen der Aufmärsche mit den (Miss-)Erfolgen der Parteien zu vergleichen, wurde 2016 begonnen, danach aber nicht mehr weiterverfolgt (schriftliche Mitteilung Prof. Joachim Voth an den Verfasser, 3.4.2016).

25 Vgl. die Aufsatzreihe von Frank Omland zu Flensburg und Schleswig in den Grenzfriedensheften 02/2020 bis 01/2022. Online unter https://www.ads-flensburg.de/archiv.html.

26 Frank Omland: Die Ortsgruppen und Mitglieder der NSDAP in Schleswig-Holstein. Eine statistische Annäherung für die Zeit von 1925 bis 1935. In: ISHZ 60, Kiel 2020, S. 6-59.

27 Möller hat für den Kreis Steinburg für Juli 1932 die Ergebnisse in den Gemeinden jeweils auch Marsch- und Geestgebieten zugeordnet, aber vergessen, ein Gesamtergebnis für beide Gebiete zu errechnen. Außerdem hat er die Ortsgruppenstruktur der NSDAP – analog zum Beispiel des Verfassers zu Pinneberg – für 1928 bis 1930 abgedruckt. Vgl. Möller (wie Anm. 22), S. 451-454.

28 Frank Omland: Wahlen und Abstimmungen im Kreis Pinneberg 1919–1933. Teil 2: Eine statistische Analyse der Wählerherkunft, der Wählerwanderungen und des Wahlverhaltens unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP und deren Hauptgegner aus den Arbeiterparteien. In: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg. Husum 2018, S. 69-93, hier: S. 79.

29 Vgl. Omland: Die Ortsgruppen und Mitglieder (wie Anm. 26), S. 32-37.

30 Zu den Modellen der statistischen Wahlforschung vgl. die kurze Übersicht in: Frank Omland: Wahlen und Wählerwanderungen (wie Anm. 7), S. 59-61.

31 Andrè Klima: Ökologische Inferenz und hybride Modelle. Schätzung der Wählerwanderung in Mehrparteiensystemen. München 2016.

32 Vgl. etwa: Dirk Hänisch: Zur Soziografie der Volksbegehren und Volksentscheide 1926 und 1929 in der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für direkte Demokratie 2014. Baden-Baden 2015, S. 56-60.

33 Der Korrelationskoeffizient ist ein Maß für den Zusammenhang zwischen zwei unabhängigen Variablen, z.B. Anteil der NSDAP und Anteil der in der Landwirtschaft

Beschäftigten.

34 Stokes konnte für die Zusammensetzung der NSDAP Eutins auf eine solche Quelle zurückgreifen.

35 Vgl. Torsten Schneider / Wolfgang Schulz, Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel. In: Demokratische Geschichte 2, 1987, S. 249ff.

36 Vgl. dazu Frank Omland: Wohnen, Wohlstand und Leben in Blankenese. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Bürgertum und Arbeiterschaft 1925 bis 1933. In: Förderkreis Historisches Blankenese e.V. (Hrsg.), Blankenese in der Weimarer Republik. Kulturelle Entfaltung. Wirtschaftliche Not. Politische Radikalisierung. Hamburg 2019, S. 11-24.

37 Es gibt bisher nur wenige Auswertungen für Gebiete in Schleswig-Holstein. Vgl. dazu Frank Omland: Eine Front aus Arbeitern und Bauern? Eine Analyse der Zusammensetzung der Mitglieder der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein 1925–1935. In: ISHZ 61 (im Erscheinen).

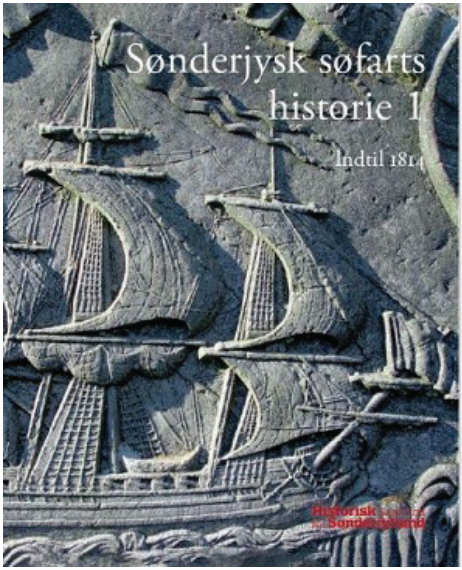
Rezensionen

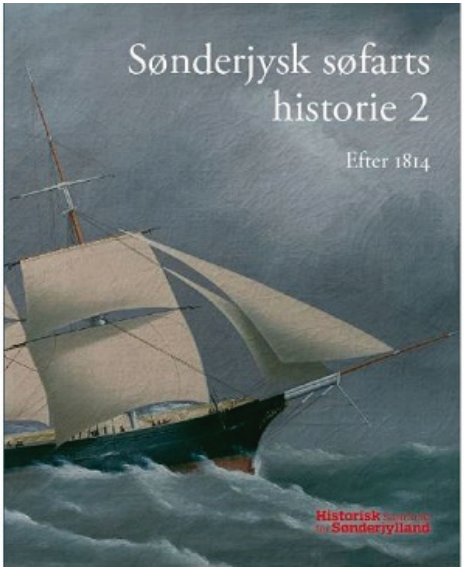
Sønderjysk søfarts historie – Band 1: Indtil 1814 und Band 2: Efter 1814. Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland Nr. 121. Aabenraa 2021. ISBN 978-87-7406-145-8 (868 Seiten mit zahlreichen Illustrationen).

Von Veronika Janssen

Die vom Historisk Samfund for Sønderjylland in Zusammenarbeit mit dem Museum Sønderjylland herausgegebene zweibändige „Sønderjysk søfarts historie“ fällt bereits auf den ersten Blick durch die hochwertige Aufmachung auf. Der Einband der beiden großformatigen Bände und die vielen Abbildungen, Tabellen, Grafiken und Karten mit mehr als 800 Seiten machen schon beim flüchtigen Durchblättern neugierig. Die beiden Bände behandeln die Zeit bis bzw. nach 1814.

Mit der Einleitung umreißt Martin Rheinheimer den Rahmen: Das behandelte Gebiet Sønderjylland (Südjütland) reicht von der Kongeå (Königsau) im Norden bis zur Eider im Süden und umfasst auch die Inseln Fehmarn und Ærø sowie die dänischen Enklaven an der Westküste. Politisch entspricht es ungefähr dem Herzogtum Schleswig einschließlich der königlichen Enklaven an der Westküste. Mehr als das Königreich Dänemark in Norden und Holstein im Süden sind Südjütland und seine Bewohner vom Meer bestimmt.





Flemming Rieck behandelt auf knapp 60 Seiten unter der Überschrift „Oldtidens søfart“ die schriftquellenlose Zeit zwischen Steinzeit und 800, wobei naturgemäß die archäologischen Funde von ersten Harpunen aus Hirschgeweih bis zum Nydamboot im Mittelpunkt stehen. Fotos der Funde und Rekonstruktionszeichnungen verdeutlichen die Bedeutung, die die Seefahrt in Südjütland schon in prähistorischer Zeit hatte.
Die rund 800 Jahre zwischen der Wikingerzeit und etwa 1600 teilt Bjørn Poulsen in drei Abschnitte auf. Verhältnismäßig kurz wird auf nur zwölf Seiten die Wikingerzeit behandelt, als Hedeby (Haithabu) das Machtzentrum in Südjütland und Ausgangspunkt des Fernhandels der Wikinger war, und die Neuanlage des Hafens in Schleswig, das um 1050 Stadtrecht erhielt. 1150–1450 entwickelten sich vor allem an der Ostküste neue Handelsstädte, die durch die Knudsgilde miteinander verbunden ein mit der aufkommenden Hanse konkurrierendes Handelsnetz vor allem in der Ostsee verknüpfte. Mit der engeren Verbindung zum Königreich Dänemark durch den Vertrag von Ribe 1460 konsolidierte sich ein „maritimes Milieu“ in Südjütland. Die Öresundzollregister zeigen, dass Schiffe aus südjütischen Häfen neben der Ostsee auch zunehmend die Nordsee und den Atlantik befuhren.
Die restlichen zwei Drittel des ersten Bandes umfassen Mette Guldbergs mit „Skibe in øst, søfolk i vest“ überschriebenen ausführlichen Ausführungen zu den Jahren zwischen 1600 und 1814, vor allem für das 18. Jahrhundert, für das deutlich mehr Quellen vorliegen als für die davorliegende Zeit. Es war eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, der jedoch immer wieder durch Kriege zurückgeworfen wurde. So gab es im Herzogtum Schleswig, vor allem in den wichtigsten Ostküstenhäfen Aabenraa und Flensburg, 1748 mehr große Schiffe als im Königreich Dänemark. Aufschlussreich ist die mit vielen Karten, Grafiken und Tabellen visualisierte Darstellung der einzelnen Hafenstädte mit ihren natürlichen Gegebenheiten, ihrer maritimen Infrastruktur und ihren Handelsverbindungen. Ost- und Westküste unterscheiden sich stark in den Voraussetzungen, die sie für die Seefahrt bieten: Die Ostküste hat tiefe Förden und Buchten, die sich seit Jahrhunderten als sichere Häfen anbieten, während das Wattenmeer der Westküste stetigen Veränderungen unterworfen ist, täglich durch die Tide und über die Jahrhunderte durch Sturmfluten und Verlagerung der Wattströme, und sich deshalb nicht für größere Häfen eignet. Dementsprechend unterschiedlich gestaltete sich das Leben der Seefahrer: Zwar entstanden am Ostufer große Werften, und die Reeder schickten ihre Schiffe bis nach Dänisch Westindien, doch waren die Bewohner der Wattenmeerinseln als Seeleute vor allem auf niederländischen Schiffen ebenso, wenn nicht noch stärker abhängig von der Seefahrt. Doch nicht nur die spektakulären Fernrouten stehen im

Fokus, sondern auch die lokale Schifffahrt und das Alltagsleben der Seeleute. Dieser Zeitabschnitt endet mit dem abrupten Niedergang der dänischen Seemacht 1806 und dem Staatsbankrott von 1813.

„Verden ligger åben“ (Die Welt liegt offen) ist Mikkel Leth Jespersens Abhandlung über die Jahre 1814–1920 betitelt, der die erste Hälfte des zweiten Bandes einnimmt. In diesen rund hundert Jahren folgte auf die Hochzeit der Segelschifffahrt ihre Ablösung durch die Dampfschiffe. Marstal auf Ærø wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für mehrere Jahrzehnte zum wichtigsten Flottenplatz. Die Abtretung des Herzogtums Schleswig vom Königreich Dänemark an Preußen 1864 stellte auch für die südjütische Seefahrt eine Zäsur dar: Ihre Schiffe fuhren nun unter deutscher Flagge, die Infrastruktur wurde modernisiert, Häfen wurden an das Eisenbahnnetz angebunden und die Sicherheit durch den Bau von Leuchttürmen und die Einführung von Lotsen und Seenotrettung erhöht. Gleichzeitig konzentrierte sich die Schifffahrt auf einige wenige Häfen. Flensburg entwickelte sich zum nunmehr unangefochten wichtigsten Hafen in Südjütland, wobei besonders der Zuckerhandel und die Rumproduktion im Mittelpunkt standen. Ærø, das beim Königreich Dänemark verblieb, wird dagegen nicht mehr erwähnt. Mit der Teilung Südjütlands 1920 endet diese Epoche.

Das letzte Kapitel von Karsten Hermansen behandelt die Zeit nach 1920 getrennt nach dem nunmehr dänischen Nordschleswig und (deutlich knapper) dem deutschen Südschleswig. Die engen Förden, früher Voraussetzung für einen sicheren Hafen, erwiesen sich nun als hinderlich für die immer größer werdenden Schiffe. Auf beiden Seiten der Grenze wurde und wird die Handelsschifffahrt zunehmend durch die touristische Schifffahrt ersetzt.

Jedes Kapitel endet mit einer kurzen Zusammenfassung. Als „afrunding“ (Abrundung) schlägt Martin Rheinheimer noch einmal einen Bogen von den prähistorischen Moorfunden zur heutigen Zeit, in der die Brücken und Tunnel zwischen den dänischen Inseln das Meer als Hauptverkehrsmedium abgelöst haben. Beide Bände enthalten jeweils ein Literaturverzeichnis, Anmerkungen und Register.

Fazit: Die „Sønderjysk søfarts historie“ ist in jeder Hinsicht schwergewichtig. Mit ihr liegt ein Standardwerk vor, aus dem jeder Historiker schöpfen kann, das aber auch für an der Seefahrt interessierte Laien interessant zu lesen ist. Der einzige Nachteil besteht darin, dass es nur in dänischer Sprache vorliegt. Wünschenswert wäre eine deutsche Übersetzung, um das Werk mehr Interessierten in Schleswig-Holstein und darüber hinaus zu öffnen.

Autoren

Fabian Boehlke
Ernst-Behrens-Allee 7
25436 Uetersen
Fabian.Boehlke@web.de

Dr. Veronika Janssen
Dorfstr. 1
24259 Westensee
v.janssen@kg-w.de

Prof. Dr. Detlev Kraack
Seestraße 1
2406 Plön
detlev.kraack@gmx.de

Claudius Loose
c.loose@schloss-gluecksburg.de

Jan Ocker
Tannenweg 10
25582 Hohenaspe
ocker@email.uni-kiel.de

Frank Omland
Tel. 040 85 65 28
omland@freenet.de

Klaus-Dieter Redweik
klaus-dieter.redweik@t-online.de

Jann-Thorge Thöming
Reisieker Weg 95
25337 Kölln-Reisiek
thorge.thoeming@web.de

Dr. Frederic Zangel
Calvinstraße 5
24114 Kiel
f.zangel@outlook.de

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Dr. Susanne Schaule-Lohe
Am Waldpark 17
22589 Hamburg
s.schaule-lohe@gsechs.de

Dr. Frederic Zangel
Calvinstr. 5
24114 Kiel
f.zangel@outlook.de

Redaktionsschluss

Der nächste Rundbrief (Nr. 130) soll im August 2022 erscheinen.
Die Redakteurin freut sich auf zahlreiche Beiträge und bittet um deren rechtzeitige Einsendung bis zum **31. Mai 2022** an v.janssen@kirchengemeinde-westensee.de.

Mitgliedbeitrag / Rundbrief-Abonnement
30 € jährlich (10 € für Studierende und Mitglieder ohne Einkommen)

Bankverbindung:
Klaus-Dieter Redweik, Arbeitskreis WISO SH
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. IBAN DE51 2005 0550 1500 7264 66

Kontakt:
Detlev Kraack (Tel. 04522-508391; E-Mail: detlev.kraack@gmx.de)

Internet:
http://arbeitskreis-geschichte.de/
https://www.facebook.com/arbeitskreis
https://geschichtsblogsh.wordpress.com/

AK

www.arbeitskreis-geschichte.de

ISSN 2363-9784